



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 2

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 2

.....
vom 17.01.2019

.....
del 17/01/2019

Präsident
Vizepräsident
Vizepräsident

Thomas Widmann
Massimo Bessone
Daniel Alfreider

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 2

vom 17.01.2019

Inhaltsverzeichnis

Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshaupt-
frau.Seite 4

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 2

del 17/01/2019

Indice

Elezione del/della Presidente della Provincia.
. pag. 4

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.05 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Sie haben heute die definitiven Chip-Karten erhalten. Ich habe gesehen, dass einige Probleme damit hatten, sie korrekt einzuschieben. Es ist nicht ganz logisch, denn das Gesicht befindet sich umgekehrt auf der Chip-Karte, wenn man sie richtig einschiebt. Es handelt sich um die definitive Chip-Karte, die Sie sowohl in Trient als auch hier sowie als Ausweis für andere Parlamente nutzen können. Sie haben eine kurze Anleitung vor sich, wie diese Chip-Karte richtig zu verwenden ist. Falls es noch Fragen gibt, können Sie sich an die dafür zuständigen Techniker wenden. Wir werden danach bei der Abstimmung auf jeden Fall vorher einen Testlauf durchführen, denn erfahrungsgemäß hat es immer bei den ersten Abstimmungen Probleme gegeben, da manche die Karte doch falsch eingelegt haben oder das Drucken nicht richtig funktioniert hat.

Der Sitzungskalender 2019 wurde am 14. Jänner 2019 an alle Fraktionsvorsitzenden versandt, mit der Bitte, etwaige Stellungnahmen mitzuteilen. Bis Ende dieser Sitzung ist es möglich, Einwände bzw. Stellungnahmen einzubringen. Werden keine Einwände eingebracht, wird der Sitzungskalender 2019 als angenommen betrachtet. Weiters informiere ich Sie, dass wir im Sitzungskalender 2019 die nächste Fraktionssprechersitzung für den 5. Februar 2019 einberufen haben. Darin werden die Namhaftmachungen bzw. die Wahl der Ausschüsse und Kommissionen des Landtages besprochen, und zwar all jene, die von der Geschäftsordnung vorgesehen wird. Es sind einige an der Zahl, welche wir dann neu besetzen müssen. Das heißt, die erste Sitzung des Landtages wird uns hauptsächlich damit beschäftigen, dass der Landtag endlich operativ werden kann. Die verschiedenen Wahlgänge dieser institutionellen Tagesordnungspunkte werden dann in der Sitzungssession vom 13. bis 15. Februar 2019 durchgeführt werden.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, teile ich im Sinne von Artikel 20 der Geschäftsordnung mit, dass sich innerhalb der vorgesehenen Fristen im Südtiroler Landtag folgende Fraktionen gebildet und die aus mehr als einem/einer Abgeordneten bestehenden Fraktionen die entsprechenden Vorsitzenden namhaft gemacht haben:

<i>FRAKTION – GRUPPO</i>	<i>FRAKTIONSSPRECHER/IN CAPOGRUPPO</i>
<i>Philipp ACHAMMER</i>	<i>SVP</i>
<i>Paul KÖLLENSPERGER</i>	<i>Team Köllensperger</i>
<i>Dott.ssa Brigitte FOPPA</i>	<i>Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Gründe Vérc</i>
<i>Dott. Sandro REPETTO</i>	<i>"Partito Democratico – Liste civi- che/Demokratische Partei - Bür- gerlisten"</i>
<i>Diego NICOLINI</i>	<i>Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles</i>
<i>Sven KNOLL</i>	<i>Süd-Tiroler Freiheit</i>
<i>Alessandro Urzi</i>	<i>L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia</i>
<i>Carlo Vettori</i>	<i>Lega Alto Adige – Südtirol</i>
<i>Andreas Leiter-Reber</i>	<i>Die Freiheitlichen</i>

Ich möchte auch alle Anwesenden auf der Tribüne recht herzlich begrüßen, guten Morgen!

Einziger Punkt der Tagesordnung: **"Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau."**

Unico punto dell'ordine del giorno: **"Elezione del/della Presidente della Provincia."**

Im Sinne von Artikel 66 wird der Landtag danach mittels namentlich durchgeführter Abstimmung mit absoluter Mehrheit den Landeshauptmann wählen und auf der Grundlage seiner Regierungserklärung auch die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung bestimmen. Ich erinnere daran, dass allen Abgeordneten die von den Fraktionen SVP und Lega Alto Adige-Südtirol unterzeichnete Regierungserklärung zugeschickt wurde, mit der der Abgeordnete Arno Kompatscher für das Amt des Landeshauptmannes namhaft gemacht wird. Ich bedanke mich beim Plenum und weise darauf hin, dass im Rahmen der Debatte zur Wahl des Landeshauptmannes jede/r Abgeordnete/r zwei Mal das Wort ergreifen und für insgesamt 10 Minuten sprechen darf. Ich bitte nun den designierten Landeshauptmann die Erläuterung der Regierungserklärung vorzutragen. Ich bitte Sie, sich ans Rednerpult zu begeben. Sie haben das Wort.

KOMPATSCHER (SVP): Geschätzter Präsident, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag, egregio presidente, stimati consiglieri provinciali, stimà president, stimà cunselieres provinziel! Am 8. Jänner dieses Jahres haben die Fraktionen der Südtiroler Volkspartei und der Lega die von der Geschäftsordnung und vom Gesetz vorgesehene Regierungserklärung abgegeben und damit auch mich für das Amt des Landeshauptmannes vorgeschlagen. Die Geschäftsordnung sähe an dieser Stelle nicht eine Erläuterung zu dieser Regierungserklärung vor. Ich bedanke mich bei Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag, dass es möglich ist, hier eine kurze Erläuterung vorzunehmen. Ich werde mich kurz fassen, da ja die Regierungsvereinbarung zwischen der Südtiroler Volkspartei und der Lega die Grundlage für unsere Regierungserklärung und dann auch die Grundlage für das Regierungsprogramm bildet, das ich ja im Falle meiner Wahl vorzulegen habe, hinlänglich bekannt und öffentlich auch schon breit diskutiert worden ist. Trotzdem lassen Sie mich an dieser Stelle einige Dinge sagen: Es war vor fünf Jahren so, dass das genauso gewährt worden ist und ich habe mir damals den Scherz erlaubt zu sagen: Es ist ja gut, dass man auch ein bisschen über Inhalte redet und den Landeshauptmann nicht wegen seines Gewandes oder seiner Frisur wählt. Ich könnte heuer sagen, nicht deshalb, ob er einen Bart hat oder keinen.

Südtirol ist ein besonderes Land mit besonderen Menschen. Wir haben eine ganz besondere Geschichte, mitunter eine leidvolle Geschichte, aber auch eine sehr erfolgreiche Geschichte in diesem Land, eine wunderschöne Landschaft, Natur- und Kulturlandschaft, verschiedene Sprachen und Kulturen, die hier zusammenleben und zusammenwirken. Das sind alles Dinge, die große Chancen bieten, aber gleichzeitig auch eine große Herausforderung darstellen. Das beginnt bei der Landschaft, die so schön ist, über die Berge und die Täler bis hin zu den Städten. Aber gleichzeitig ist diese besondere Landschaftsformation durchaus auch eine Herausforderung für die Verwaltung. Auch die Vielfalt, die hier in diesem Land herrscht, die Traditionen, die verschiedenen Sprachen, Kulturen, die zusammenleben - das ist das Schöne und Besondere in diesem Land -, stellen gleichzeitig eine tägliche Herausforderung dar, dessen wir uns hoffentlich alle bewusst sind. Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben sich dafür entschieden, in diesem besonderen Land, mit diesen besonderen Menschen Verantwortung zu übernehmen. Sie haben sich um ein Amt im Südtiroler Landtag beworben. Sie haben kandidiert und nun sind wir hier, um gemeinsam für dieses Land zu arbeiten. Ich habe mich dazu bereiterklärt, wieder für das Amt des Landeshauptmannes zur Verfügung zu stehen und diese ganz besondere Verantwortung zu übernehmen. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass es wieder viele Herausforderungen sind, die wir in diesen kommenden fünf Jahren gemeinsam - und das möchte ich betonen - zu bewältigen zu haben, auch als Chance wahrnehmen können, denn in jeder Herausforderung liegt auch eine große Chance für unser Land.

Die Menschen erwarten sich Antworten von der Politik. Es gibt viele Fragen, die zu beantworten sind. Es gibt soziale Herausforderungen. Es geht darum, echte Chancengleichheit herzustellen, Chancengerechtigkeit. Es darf in Südtirol nicht so sein, dass die persönliche Erfolgsgeschichte bzw. die Möglichkeit, seinen eigenen Traum vom Glück zu realisieren, davon abhängt, wo man geboren ist, wer die Eltern sind, wie die Vermögenssituation aussieht oder welcher Sprachgruppe man angehört, sondern es braucht eben dieses chancengerechte Land. Es braucht Sicherheit und Sicherheit ist sicher mehr, als nur dafür Sorge zu tragen - es ist auch wichtig, dass nicht eingebrochen wird, dass das Eigentum nicht verletzt wird -, dass die körperli-

che Unversehrtheit gewährleistet wird. Sicherheit bedeutet auch soziale Sicherheit. Das Bewusstsein, dass in diesem Land Menschen nicht zurückgelassen werden, dass es ein Netz gibt, das auffängt, dass es eine Gemeinschaft gibt, die trägt. Das ist die Voraussetzung für sozialen Frieden, die Voraussetzung dafür, dass Hass, Neid nach unten treten, nicht weiter um sich greifen, sondern dass wir tatsächlich zuversichtlich gemeinsam in die Zukunft schauen können. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eine Basis dafür, für diesen sozialen Frieden, dass die Menschen Arbeit und einen gerechten Lohn haben sowie ihre Zukunft entsprechend gestalten können. Das ist eine Voraussetzung, aber nicht Selbstzweck - auch das soll uns bewusst sein -, ist Voraussetzung dafür, dass wir diese Teilhabe gewährleisten können.

Die Ökologie ist eine große Herausforderung für uns alle, unser Wirtschaften und Arbeiten, unser Freizeitverhalten, unser Leben so zu gestalten, dass wir die nachfolgenden Generationen nicht mit einer übermäßigen Last zurücklassen. Diese Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen müssen wir mit einer Politik der Nachhaltigkeit, die alle Politikfelder umfasst, entsprechend übernehmen. Da geht es um Umwelt und Landschaft, aber es geht auch um viele andere Fragen. Es geht auch um eine soziale, kulturelle und gesellschaftliche Nachhaltigkeit.

Es sind viele Veränderungen, die die Menschen beunruhigen, mit Sorgen betrachten, die neuen Situationen am Arbeitsmarkt, die Globalisierung, die Digitalisierung, die eine große Veränderung mit sich bringt und dann diese Sorge: Wird das morgen noch so sein, wie es wahr, einst, wo es noch sicher schien? Und vor allem gilt das auch für meine Nachkommen, unsere Kinder? Es gibt auch andere Veränderungen wie der demographische Wandel. Wir werden älter zum Glück, ja - und das ist wiederum eine große Chance. Es ist aber auch eine Herausforderung und nicht nur für Pflege und Gesundheit, sondern vor allem auch für Teilhabe, für aktives "Teilhabe lassen" der älteren Bevölkerung. Das ist auch notwendig, aber gleichzeitig eine Herausforderung für den Arbeitsmarkt, dieser demographische Wandel. Was ist mit dem Fachkräftemangel? Wie bewältigen wir dieses Thema? Herausforderung und Chancen.

Die Migration ist auch ein Thema, das die politischen Debatten beherrscht, oft auch zu sehr beherrscht, lasse ich mir sagen. Auch hier wollen wir uns nicht von diesem Thema beherrschen lassen, sondern selbst gestalten. Wir haben Migration seit vielen Jahren, Jahrzehnten in Südtirol, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, gewollt, bewusst, manchmal nicht, absolut gesteuert. Wir haben neue Formen der Zuwanderung, Fluchtbewegungen aufgrund von Krisen-, Kriegs-, Hunger- und Armutssituationen in der Welt. Damit wollen wir auch aktiv umgehen. Aber auch hier wollen wir aktiv damit umgehen, ohne unsere Werte, unser Wertefundament aus den Augen zu verlieren. Dazu später noch!

Politische Veränderungen: Es gibt diese gesellschaftlichen Veränderungen, es gibt aber auch politische Veränderungen, die sehr oft Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen in Europa auf diese Verunsicherung sind. Wir erleben es aktuell mit dem "Brexit". Es geht darum, dass wir unsere Autonomie in einer Situation sich ständig ändernder Rahmenbedingungen nicht nur bewahren, nicht nur absichern, nicht nur in einer Verteidigungshaltung stehen, sondern gleichzeitig weiterentwickeln, damit diese Autonomie, dieses besondere Modell, das weltweit Anerkennung findet, auch für die neuen Herausforderungen sprechend den Rahmen bildet und Zukunft gestalten lässt. Diese Autonomie, dieses autonome Land Südtirol, eingebettet in einer Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und eingebettet in einem europäischen Kontext, wo wir dafür einstehen wollen, dass dieser sich positiv weiterentwickelt, dieser europäische Einigungsprozess, der uns Friedenssicherheit, Wohlstand in Europa garantiert, aber auch die Möglichkeit, dass unsere Gesellschaft eine freiheitliche, eine offene Gesellschaft, eine liberale Gesellschaft bleibt, die die Vielfalt schützt und stärkt im Bewusstsein der Kulturen, Traditionen, aber gleichzeitig nicht eine ausgrenzende, sondern eine einschließende ist. Dazu ist Europa die Chance und für uns mit Sicherheit die Vision.

Im Regierungsprogramm, das ich vorlegen werde, sofern ich heute gewählt werde, sind diese Punkte aufgeführt, auf Grundlage der Regierungsvereinbarung, die zwischen Südtiroler Volkspartei und Lega geschlossen worden ist. Darin ist auch ein Wertekatalog enthalten. Dieser erklärt, auf Grundlage welcher Vorstellungen wir gemeinsam regieren wollen, weil diese Grundhaltung wichtig ist, mir heute wichtiger scheint denn je. Die aktuellen Debatten, die in Europa stattfinden, weil die Menschen verunsichert sind, wo es zu Radikalisierung gekommen ist. Diese ist für uns Gelegenheit und Anlass sowie wiederum Chance, uns unserer Eigenwerte noch stärker bewusst zu sein. Deshalb diese Präambel, die ganz klar darauf Bezug nimmt, welches unsere Werte sind. Ich persönlich - heute geht es ja um das Amt des Landeshauptmanns - will Garant dafür sein, dass wir auf diesem Wertefundament aufbauend regieren, dass unser Regierungshandeln von diesen in der Präambel genannten Werten geprägt ist. Ich kann garantieren, dass ich diesen Werten treu bleiben und auch dafür Sorge tragen werde, dass diese Werte durchgesetzt werden und sich im Regie-

• • • • •

runghandeln äußern. Es geht darum, eine Politik für die Menschen zu machen, im Verantwortungsbewusstsein, und das gilt für uns alle, welches Erbe wir übernehmen, erfolgreiche Politik für das Land Südtirol, von großen Persönlichkeiten getragen, wie Silvius Magnago, Luis Durnwalder und vielen anderen mehr. Es ist dieses Erbe und es ist eine große Verantwortung, in dieser Nachfolge zu stehen. Wir wollen also geschichts- und traditionsbewusst handeln, auch was die Politik anbelangt, aber gleichzeitig offen, tolerant, zukunftsorientiert, selbstbewusst in die Zukunft blickend und diese gemeinsam gestalten. Mit diesem Wort "gemeinsam", geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag, möchte ich schließen. Ich will anbieten, dass wir gemeinsam für dieses Land arbeiten. Dieses Angebot habe ich bereits vor fünf Jahren abgegeben. Es hat in Teilen gut funktioniert und in Teilen hat es auch zu wenig funktioniert. Seien wir hier offen und ehrlich, auch ich will das an dieser Stelle gestehen! Es gab sehr oft Situationen, wo wir Vorschläge, Anträge, Abänderungsanträge, Beschlussvorschläge der Opposition auch als Mehrheit angenommen und mitgetragen haben, ganz einfach deshalb, weil diese Verbesserungen darstellten und gute Ideen miteingebracht worden sind. Ich glaube, in der abgelaufenen Legislatur waren es mehr als in der Vergangenheit. Gleichzeitig ist es nicht gelungen, im Vorfeld von Plenarsitzungen bei der Ausarbeitung neuer Gesetzentwürfe diese Einbeziehung auch umzusetzen, die man sich gewünscht hätte. Ich hoffe, wir finden in dieser Legislaturperiode den Weg, das gemeinsam besser zu gestalten. Das hängt auch mit Planung, Organisation und Terminplanung zusammen. Ich glaube, es würde uns allen gut tun, wenn es gelingt. Dann können wir - und das erwarten sich die Menschen draußen - diese Debatte hier im Landtag noch besser führen und noch besser gemeinsam Gesetze erarbeiten, was letztlich die Aufgabe dieses Plenums hier ist.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, diese Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. Ich ersuche Sie um Ihre Unterstützung hier und heute und dann gegebenenfalls in den nächsten fünf Jahren. Danke einstweilen für die Aufmerksamkeit!

(Applaus – applausi)

PRÄSIDENT: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass all jenen, die nun das Wort ergreifen, maximal 10 Minuten Redezeit in eventuell zwei Abschnitten zur Verfügung stehen. Bitte, Kollege Knoll, Sie haben das Wort.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident, danke Kollegen Kompatscher für seine Regierungserklärung! Regierungserklärungen sind immer etwas Besonderes. Es ist immer so ein bisschen eine Vorschau auf das, was man gerne umsetzen möchte, welche Art der Politik man prägen möchte, hier im Landtag, aber auch für das gesamte Land, für das politische Gedeihen unserer Demokratie. Es ist immer auch eingebettet in eine gesellschaftliche Prägung, die einen gewissen Zeitgeist widerspiegelt. Auf der Fahrt heute in den Landtag hatte ich eine sehr interessante Dokumentation auf Ö1 über Politik im 21. Jahrhundert gehört, wo ein bisschen eine Spanne gemacht wurde, wie sich Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten, vielleicht sogar Jahrhunderten geändert hat. Das wurde ganz interessant auf den Punkt gebracht. Während Karl Marx ja noch die These vertreten hat: "Religion ist Opium fürs Volk", leben wir heute in einer Gesellschaft, die man vielleicht in vielfachen Bereichen mit: "Empörung ist das Adrenalin der Wutbürger" definieren könnte. Dieses Wort "Empörung", auf das sich inzwischen sehr viel in der Politik konzentriert, ist eigentlich eine ganz interessante Sache, wenn man sich ein bisschen damit auseinandersetzt, und auch ein bisschen der Spiegel der Gesellschaft, dass eigentlich nur noch eine schlechte Nachricht eine gute Nachricht ist, dass gute Nachrichten auch über Dinge, die in der Politik umgesetzt werden, oft nicht mehr die Gewichtung finden, auch nicht mehr die Wahrnehmung einer schlechten Nachricht empfinden, über die man sich empören kann. Das ist ein Phänomen, mit dem wir uns als Politiker immer wieder auseinandersetzen müssen. Wir können hier gute Vorschläge und gute Anträge bringen. Wenn wir Glück haben, finden sie in Randspalten irgendwo eine Erwähnung, aber ein Skandal ist nun mal etwas anderes. Da kann man am Stammtisch, in den Medien und mit den Bekannten darüber streiten. Das ist etwas! Das hat auch damit zu tun, wie wir in der Politik mit dieser Empörung umgehen. Wir haben als Politiker immer die Möglichkeit - und diese Entscheidung haben wir jeden Tag -, uns die Frage zu stellen, welche Art von Politik wir machen wollen. Wollen wir eine Politik machen, die auf Inhalten, auf Vorschlägen, durchaus auch manches Mal auf harter Kritik aufgebaut ist? Denn nicht alles ist gut, egal, von welcher Seite es kommt. Es ist manchmal auch notwendig, Dinge zu kritisieren, um Fehler aufzuzeigen, gleichzeitig aber auch die Verpflichtung aufzuzeigen, wie man es besser machen könnte. Oder wollen wir eine Politik machen, die vielleicht manches Mal leichter ist, die sich ein-

fach nur der Empörung Willen empört, aber ohne aufzuzeigen, wie man Dinge ändern oder anders machen könnte? Ich glaube - und das ist schon etwas, was den Südtiroler Landtag auszeichnet, vielleicht auch durch unsere besondere geschichtliche Entwicklung, die wir im letzten Jahrhundert durchgemacht haben -, dass wir bei allen unterschiedlichen Positionen, die es hier im Südtiroler Landtag gibt, bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen und Zielen, doch etwas für uns bewahrt haben, was in der Politik heute keine Selbstverständlichkeit mehr ist, nämlich den Respekt voreinander. Das heißt, wenn die Auseinandersetzungen hier im Landtag auch noch so hart sind, kann man aus diesem Saal gehen, sich trotzdem in die Augen sehen und menschlich miteinander umgehen. Man könnte vielleicht manches Mal auch aufzeigen, wie Politik funktionieren sollte, nämlich eine Politik des Wettstreits, der besten Ideen, der besten Ideale und der besten Argumente.

Der designierte Landeshauptmann hat jetzt auf sein Regierungsprogramm verwiesen, das ja auch im Vorfeld dieser Sitzung schon medial besprochen wurde. Auch wir haben angemerkt, dass uns in vielerlei Hinsicht noch Inhalte fehlen, die aber durchaus auch von uns eingebracht werden können. Diese Aufgabe sehen wir als Südtiroler Freiheit, nicht einfach des Nein-Willens Nein zu sagen, sondern auch hier im Landtag - wenn wir der Meinung sind, in diesem Regierungsprogramm fehlen Dinge oder sollten Dinge anders gemacht werden - selber Vorschläge zu machen, die man hier einbringen könnte. Da nehmen wir Sie auch beim Wort, dass wir hier - davon bin ich auch überzeugt - im Vorfeld der Landtagssitzungen, gerade was die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe anbelangt, vielfach auch konstruktiver zusammenarbeiten und bessere Vorschläge einbringen könnten, wie man die Dinge verändern kann. Da meine ich jetzt gar nicht mal das Spiel zwischen Mehrheit und Opposition, sondern einfach das Spiel der Abgeordneten an sich. Ich war selbst viele Jahre in Gesetzgebungsausschüssen und wir haben es oft erlebt, dass dort Vorschläge gebracht wurden, die zwar im Gesetzgebungsausschuss eine Mehrheit gefunden haben, aber dann im Landtag wieder abgelehnt wurden, und das sollte es einfach nicht sein. Ich glaube, wenn man sich in Gesetzgebungsausschüssen auf bestimmte Dinge einigt, da man der Meinung ist, dass das verändert werden könnte, und diese eine Mehrheit finden, dann sollte man auch gemeinsam an diesem Strang ziehen. Dann geht es nicht mehr darum, wer es erfunden hat, sondern wer dazu beiträgt, dass diese Verbesserung umgesetzt wird. Deswegen haben wir auch in der Vergangenheit immer wieder gesagt, dass der Landtag und Institutionen des Landtages aufgewertet werden sollten. Damit meine ich jetzt nicht unbedingt eine mediale Aufwertung, sondern durchaus auch eine politische Aufwertung. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren leider eine Entfremdung der Bevölkerung von der Institution Politik erlebt. Politik ist für die Menschen in diesem Land oft nicht mehr greifbar. Politik ist etwas, was abseits des persönlichen alltäglichen Lebens stattfindet, mit dem sich viele Menschen oft nicht mehr identifizieren können, obwohl eigentlich Politik der Bereich ist, der in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens hineingreift, egal, ob die Frage ist, ob ich einen Arbeitsplatz habe, ob ich eine Rentenabsicherung habe, ob ich vielleicht im Alter eine Pflege bekomme, wie ich zum Arbeitsplatz komme, ob meine Kinder einen Kindergartenplatz bekommen, wie die schulische Ausbildung meiner Kinder aussieht, ob dieses Land, in dem ich lebe, auch in Zukunft noch ein Land ist, in dem es sich nicht nur gut leben, sondern auch wirtschaften lässt. All das ist Politik! Die Entscheidungen, die in der Gemeinde getroffen werden, wo eine Straße gebaut wird, ob eine Straße asphaltiert wird, ob eine Schule einen neuen Sportplatz bekommt usw., das alles ist Politik, das alles sind wir und das alles sollten wir auch in der Wahrnehmung der Menschen vielleicht manches Mal den Bürgern näher bringen. Ich glaube, dazu gehört auch, dass die Bürger das Gefühl haben, dass sie nicht alle fünf Jahre nur eine Pro-forma-Entscheidung abgeben dürfen und sich dann aus diesem System der Politik heraus halten müssen, sondern dass sie die Möglichkeit haben, auch während der Legislatur aktiv in die politische Gestaltung dieses Landtages miteingreifen und mitwirken zu können. Ich glaube, dass hier auch die Wahl der Institutionen eine ganz wesentliche Rolle spielt. Man gibt nicht einfach nur einen Blanko-Scheck bei den Wahlen ab und sagt: "So, und jetzt macht ihr!", sondern ich glaube, es gehört auch zur Verantwortung einerseits der Politiker bei großen Entscheidungen, die Bevölkerung zu fragen, was sie dazu sagt, und umgekehrt aber auch die Verpflichtung der Bürger, sich nicht nur kritisch, sondern auch konstruktiv einzubringen, indem sie sagen: "Ich bin der Meinung, das sollte man so, so, so oder anders machen." Dieses Gefühl können Menschen aber nur dann haben, wenn sie mitentscheiden dürfen. Das heißt, wenn sie bei Volksabstimmungen, aber auch bei der Wahl der Institutionen mitentscheiden können. Ich glaube, dass der Landeshauptmann, der einer Regierung vorsteht, hier eine ganz zentrale Rolle einnimmt. Ich glaube - und diese Position haben wir in den vergangenen Jahren immer als zentrale Forderung erhoben -, dass in Südtirol der Landeshauptmann, so wie in anderen demokratischen Ländern, direkt vom Volk gewählt werden sollte. Das ist eine politische Entscheidung, die natür-

lich auch das Risiko mit sich bringt - das kann man ganz offen sagen -, dass vielleicht eines Tages einmal ein Politiker als Landeshauptmann gewählt wird, der vielleicht nicht der Regierungspartei angehört, aber das ist Demokratie! Ich glaube, das ist etwas, von dem wir uns nicht scheuen sollten, dass die Bürger auch selber entscheiden können, so wie auf Gemeindeebene beim Bürgermeister gleichermaßen, der dann auch in der Verantwortung steht, Mehrheiten zu finden. Denn der Landeshauptmann ist ja nicht eine aufsichtkonzentrierte Personalunion, was die Macht der Landesregierung anbelangt, sondern ist manches Mal ein Strippenzieher, ein Mediator, der natürlich politische Entscheidungen mittrifft, der aber dieser Regierung vorsteht und deswegen auch in geförderter Maße das Vertrauen der Bevölkerung genießen sollte, in dem er vielleicht - diesmal trifft es zu - nicht nur der meistgewählte Abgeordnete ist, sondern auch die direkte Legitimation vonseiten der Bevölkerung hat. Ich glaube, das wäre eine Aufwertung für die Institution des Landtages, für die Institution des Landeshauptmannes, der Landesregierung und der Politik im Allgemeinen. Deswegen werden wir bei dieser Wahl hier nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass das eine Änderung ist, die dem Landtag und der Politik in Südtirol gut tun würde. Deswegen geben wir Ihnen das jetzt zu Beginn sozusagen Ihrer Legislatur als designierter Landeshauptmann mit auf den Weg. Wir ersuchen die Kollegen, diese Idee aufzugreifen, das heißt, dass wir das Wahlgesetz dahingehend abändern, dass in Zukunft der Landeshauptmann in Südtirol direkt vom Volk gewählt wird.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, werter designierter Landeshauptmann, liebe KollegInnen! Ich werde weniger auf das Regierungsprogramm eingehen, sondern grundsätzlich erklären, warum unsere Fraktion Ihnen nicht das Vertrauen ausspricht, und ich werde mir hierbei ein wenig Nachdenklichkeit erlauben!

Vor fünf Jahren standen wir hier und wohnten dem Versuch eines Neubeginns bei. Ein kleiner Zauber, vielleicht auch ein kleines Vertrauen lag im Saal und ich erinnere mich noch sehr gut an diesen Moment. Die Generation Neubeginn hat nicht alt werden sollen. Von den 2013 neu gewählten Abgeordneten sind uns gar manche abhanden gekommen und der jetzige Landtag ist trotz des damaligen Erneuerungsmantras - oder vielleicht deshalb - der erneuerste aller Zeiten. Daher eine erste Frage: Derpacken wir eigentlich so viel Erneuerung? Erste Antwort: Offenbar nur mit Mühe, wenn man an den Schock und die Panik der SVP nach den Wahlen denkt. Die Wahlen des 21. Oktober haben eine völlig neue Situation ins Land gebracht: eine neue Partei, die sich stark etabliert hat, alte Parteien, die stark Federn haben lassen müssen, eine wiedererstarkte italienische Präsenz und leider eine weiter erschwachte weibliche Präsenz im Landtag. Und erstmals: die Notwendigkeit der SVP sich nach einem echten Koalitionspartner umzusehen. Wir haben dies eine Richtungsentscheidung genannt. Man hat viel darüber diskutiert im Lande, ob man mittelflinks oder mitterechts bevorzugen soll. Dabei geht es eigentlich um eine ganz andere Richtung, nämlich, ob es nach vorne oder nach hinten gehen soll. Es geht um Fortschritt oder um Rückschritt. Die Frage ist natürlich, woran man Fortschritt misst: An den Straßenkilometern? An den Metern der Landebahn? Es hat ja immer geheißen: "Mit den Grünen geht nichts weiter!" An Aufstiegsanlagen und unkontrolliert steigenden Tourismuszahlen? Man kann Fortschritt daran messen oder auch an anderen Indikatoren: Kulturelle Vielfalt und Offenheit zum Beispiel, Zulassen von Diversität, Neugier, Resilienz, Konfliktfähigkeit, neue Formen des Zusammenlebens. Sie, Herr Landeshauptmann und Ihre Partei haben sich für den Rückschritt entschieden. Auch ihr wohlformuliertes Regierungsabkommen zeigt das auf Schritt und Tritt. Sie steigen schwach in diese Landesregierung ein, nicht wegen des Vorzugsstimmenergebnisses, das ist relativ, sondern wegen der Partner, die Ihnen zur Seite gestellt werden. Vom parteiinternen Widersacher, der sich genießerisch die "polpetta avvelenata" der Sanität auf der Zunge zergehen lässt, über eine weit überrepräsentierte Bauernschaft, der Sie unverzeihlicherweise die Raumordnung überlassen, wo man Ihren Landesrat bei der Debatte des Gesetzes doch wirklich hat austricksen wollen in der letzten Legislatur, bis hin zum Koalitionspartner Lega, dessen Sie sich bis heute sichtlich schämen. E a voi colleghi della Lega consiglio di seguire attentamente i TG in lingua tedesca, per vedere come, in che toni e con quali facce parlano di voi. Und dem Sie trotzdem auch noch die Umwelt- und Energieagenden in die Hände legen, was für eine gravierende Fehlleistung!

Anderswo, vielleicht zu anderen Zeiten, hat es eklatante Aktionen des gesellschaftlichen Widerstands gegen analoge Koalitionsvorhaben gegeben. Vielleicht erinnert sich noch jemand daran, dass Elfriede Jelinek etwa für die Zeit der FPÖ-Regierungsbeteiligung die Aufführung ihrer Stücke in Österreich untersagt hat. Sie sagen, Herr Landeshauptmann, wir sollen Sie an Ihren Taten messen. Das werden wir tun. Wir messen Sie aber auch an Ihren Weggefährten und es ist unsere Pflicht als DemokratInnen, darauf hinzuweisen, mit wem Sie sich zusammentun. Denn die Lega ist nicht "ein bisschen populistisch", wie man in Südtirol

gerne glaubt. Die Lega ist eine zutiefst rechtsextreme, neoautoritäre Partei, deren Chef keine Gelegenheit auslässt, die Grenze des Sagbaren und des Denkbaren ein Stück weit hinter die Tabugrenze zu verschieben. Tag für Tag eine neue Aktion. Salvini verändert gerade ein ganzes Land und ein Stück weit auch einen Kontinent nach seinem Abbild. Und Sie, Herr Kompatscher, haben entschieden, diese Veränderung mitzutragen, Salvinis Veränderung. Damit haben Sie eine unerhörte Verantwortung übernommen, denn Salvini verändert das Land nicht mit Abkommen und Verträgen, auf die Sie sich beziehen werden wahrscheinlich in Ihrer Antwort - ich kenne Sie - auch nicht mit Gesetzen und Dekreten. Salvini sta combinando l'Italia giorno dopo giorno con i tweet, con le sue magliette, con l'uniforme da divisa, quando va a prendere i terroristi all'aeroporto. Questi sono i suoi modi e sono molto più efficaci dei decreti. Daher, bitte, ziehen Sie sich nicht auf das Technische zurück. Es ist ein Moment, in dem es so aussieht als ob die "Techniker", die Nichtpolitiker gut in der Gunst der Menschen stehen, was ja auch stimmt. Sich auf das Verwalterische zurückziehen, rein juristisch argumentieren, das bietet Sicherheit - vor allem dem Argumenteur - und Gewissheiten und schützt vor Angreifbarkeit. Das Problem ist nur, dass die Sehnsucht der Menschen nach der "richtigen" Politik als Identifikationsfläche weiterhin da ist. Wenn dann einer kommt, der keine Angst hat, der keine Scham hat, der auf die Regeln des Anstandes und der guten Gegnerschaft pfeift, dann werden die anderen, die feinen Juristen und feilenden Strategen regelrecht dahingemäht. Wir sehen das täglich in Italien.

Wichtige, wirklich bedeutsame Politiker werden nicht nur an ihren politischen Taten gemessen – an denen natürlich auch -, sondern auch am Zeitgeist, den sie geprägt haben. Sie haben eine Verantwortung weit über dieses Regierungsabkommen hinaus. Sie stehen, wie wir alle vielleicht ein wenig mit, für einen Zeitabschnitt im Lande. Und so liegt es an uns, an Ihnen ganz besonders, welchen Beitrag wir an der Mentalitätsentwicklung leisten. Politik ist auch Mentalitätsentwicklung. Es ist ein offenes Feld, das Ihr Vorgänger, den Sie gerade gelobt haben, in der Wiederholung des immergleichen Diskurses, und zwar: Wir Südtiroler als verfolgte und benachteiligte und stets gefährdete Volksgruppe, hat regelrecht erstarren lassen. Die drei großen Lebenslügen Südtirols erhielten in jener Zeit ein zementenes Fundament. Ich meine damit: Eine Lebenslüge ist etwas, mit dem man sich sein eigenes Selbstbild so zurechtbiegt und dahinter Tabus verbirgt. Und an diesen Tabus müsste man kratzen, wenn man Veränderung will. Man will sich eben vielleicht einer schwer bewältigbaren Realität nicht stellen.

Drei Lebenslügen fallen mir ein, die Südtirol kennzeichnen, einmal das Selbstbild Südtirols als Opfer der Geschichte, und hier haben Sie in der letzten Legislatur wichtige Zeichen gesetzt. Diese wichtigen Zeichen möchte ich Ihnen explizit anerkennen. Ich denke, eine der Sternstunden der letzten fünf Jahre war die Entschärfung des Mussolini-Reliefs. Und es ist jedes Mal eine Emotion dabei, zu sehen, dass wir imstande sind, solche Schritte auch in Südtirol gesetzt zu haben. Das gehört Ihnen anerkannt und das Land hat es Ihnen übrigens nicht gedankt.

Die zweite Selbstlüge ist das Selbstbild Südtirols als weltbeste Autonomie mit einem fugenlosen Zusammenleben. Daran könnte man ruhig auch einmal kratzen. Es ist so, dass in Europa die meisten Leute nicht wissen, dass es in Südtirol getrennte Schulen für deutsche und italienische Kinder gibt. Ich weiß nicht, wie viel Interviews ihr schon dazu gegeben habt. Ich stoße immer wieder auf völliges Unverständnis für diese Tatsache. Es ist ein Tabu, das auf uns liegt und das wir immer noch beibehalten.

Drittens: das Selbstbild Südtirols als Stätte einer "gesunden" Landwirtschaft. Man hat gesehen, welche Emotionen hochgehen, wenn man an diesem Selbstbild auch mal kratzt. In einer fortschrittlichen Regierungskoalition stünden diese Themen vorne an, denn gerade in der (vorsichtigen) Enttabuisierung liegt der größte Entwicklungsfaktor einer Gesellschaft. Indes hat man genau diese Koalition gewählt, um an diesen großen Selbstlügen nicht rütteln zu müssen. Eine wirklich verlorene Chance!

Ecco perché noi non possiamo e non vogliamo dare la fiducia al governo Kompatscher-Lega-Salvini. Perché non possiamo condividere una politica comandata dall'alto. Nessuno ha il diritto di ubbidire, abbiamo detto prima, una politica che separa, anzi, che ri-separa, che divide, anzi ri-divide, che recupera spesso gli istinti più antichi e facili e anche parecchio machisti. Invece proprio sulle tematiche-perno della nostra convivenza staremo fermi dell'altro tempo. Ne sono purtroppo convinta, perché sono proprio esse queste tematiche dette prima che stanno alla base della decisione di fare questa giunta e non un'altra. Per non dover mettere in dubbio niente. Non è un caso, è una scelta ben precisa. È una grande chance persa di evoluzione, ma anche di comprensione di questa terra. Vi ringrazio!

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente, questo regolamento ci propone un passaggio particolarmente curioso, cioè nonostante non ci sia – come ha ricordato il collega Knoll – l'elezione diretta del presidente della Giunta, poi però c'è un momento in cui questo Consiglio si riunisce e deve votare il presidente della Giunta, scorporato da ogni qualunque altro tipo di forma di governo, di squadra.

Sì, c'è una squadra, nel senso che c'è un gruppo politico che si costituisce una maggioranza – in questo caso SVP-Lega – ma non c'è una squadra di governo, si vota singolarmente il presidente della Provincia e lo si vota non sulla base di un accordo di governo, tanto è vero che è stato lo stesso presidente incaricato, a meglio che si candida, a dichiarare che il programma verrà in un secondo momento. Quindi non è una colpa che faccio al presidente Kompatscher, è una colpa che faccio al regolamento, si vota il presidente e poi domani magari ci accorgiamo che il programma non ci piace più e non si può più tornare indietro, cioè è una forma assolutamente curiosa e devo dire anche poco logica. Avrei preferito oggi trovarmi qua a votare la Giunta provinciale, a favore, contrari sulla base di un programma e invece no, si vota il presidente della Provincia sulla base di una dichiarazione di principio molto generica, come si è visto. "Il programma verrà", lo ha dichiarato egli steso.

Devo dire che evidentemente, essendo accompagnata la dichiarazione di governo dalle firme dei colleghi della Volkspartei e della Lega, è chiaro che la maggioranza è della Volkspartei e della Lega, quindi mi pare evidente che i colleghi che non sono della Volkspartei e della Lega dichiareranno che non sono parte di questa maggioranza e non voteranno il presidente e invece quelli che sono della Volkspartei e della Lega, lo voteranno. Quindi mi pare tutta una cosa molto scontata, oggi, e anche molto debole, perché debole è quello di cui stiamo parlando, nel senso che stiamo parlando solo di un accordo che c'è stato, che è sulla carta, ma che dobbiamo vedere poi nel concreto in che cosa si traduce, cosa vuole questo governo, che cosa ci propone qual è l'accordo di coalizione, che punti fondamentali verranno posti all'attenzione dell'azione di governo di questi 5 anni e io, per natura, sono uno che vuole credere e quindi credo, spero e auspico – ma non perché voglio fare un favore alla Volkspartei o alla Lega, ma perché credo che questa nostra comunità in Alto Adige si aspetti grandi riforme – che finalmente si faccia un'azione di governo che serva a risolvere i problemi, ma siccome sì, credo, ho fiducia, ho aspettative e speranza, ma sono un po' come San Tommaso, io voglio anche toccare e siccome non ho toccato assolutamente nulla, finché non tocco io non posso dare la fiducia.

Anche perché questa maggioranza che si è creata, non ha cercato l'allargamento dei propri confini e lo sa il presidente Kompatscher: quando ci siamo visti – non credo di svelare nulla di particolarmente riservato – noi, e uso il plurale *maiestatis*, intendo dire una comunità che comunque è presente, è viva e rappresenta un modo di valori e anche di sensibilità, abbiamo dichiarato – peraltro, presidente, lo stiamo dichiarando da vent'anni a questa parte – la nostra disponibilità ad essere partecipi di assunzione di responsabilità di governo in questa provincia così come in questa regione così come nel passato è accaduto a livello nazionale. Poi si è ritenuto che il nostro senso di responsabilità non dovesse essere accolto, ne prendiamo atto, quindi con grande senso di responsabilità svolgeremo un'azione di opposizione ferma, determinata, concreta, mai pregiudiziale come è sempre stato.

Certo che se sarà una legislatura come quella che ci siamo lasciati alle spalle, avremo tanti argomenti per fare ancora i più l'opposizione, d'altronde abbiamo ricevuto un'eredità pesante dal centrosinistra al governo di questa Provincia, anche da quel centrosinistra che sta nella Volkspartei, intendo dire, allora a me fa piacere pensare che il centrosinistra della Volkspartei oggi si converta, e vediamo se questo accadrà, però io non posso firmare cambiali in bianco, non le firmo e quindi ribadisco una chiara, netta, precisa – una decisione che peraltro hanno condiviso i *partner* di governo, del nostro ruolo – opposizione mai pregiudiziale nel senso che i provvedimenti buoni, giusti, opportuni per la nostra comunità saranno ovviamente sostenuti con tutta la forza e auspichiamo, presidente, che sia di parola su un passaggio della Sua relazione, ossia che ancora di più ci si apra ai contributi delle altre forze politiche.

C'è scritto anche in questa dichiarazione di governo: "apertura alle parti sociali e alle parti politiche", ma, presidente, mi permetta di dire che io qui lancio una sfida, a Lei in maniera molto chiara, anche perché stiamo parlando di Lei e noi di altro quest'oggi, è una cosa che Le ho detto nel corso del colloquio che abbiamo avuto: una delle nostre condizioni fondamentali per darci disponibili all'assunzione di responsabilità era una moratoria integrale su tutte le questioni che riguardano i conflitti etnici nella nostra provincia. Siamo in un momento di grandissima transizione, di enormi disagi sociali e di difficoltà su una serie di questioni che Lei brevemente ha citato, oggi ci si aspetta un'azione di governo di riforma della sanità, finalmente radicale e chiara, non è più ammissibile aspettare 12, 14 ore al pronto soccorso di Bolzano, non è più ammissibile

aspettare 12 mesi per una visita di controllo negli ospedali della nostra provincia, c'è bisogno di una riforma che razionalizzi le spese, che garantisca la riduzione di un'amministrazione elefantiaca inutile, che restituisca ai cittadini servizi e qualità. Non sto parlando solo della sanità evidentemente, sto parlando delle politiche sociali, delle grandi infrastrutture, del ruolo della comunità e della città di Bolzano, c'è bisogno di questo.

Allora, presidente, mi guardi negli occhi, Lei è pronto a dichiarare in questo Consiglio la moratoria integrale su tutte le questioni che agitano conflitti di cui non abbiamo bisogno, che la nostra comunità non richiede, o ci ritroveremo come la scorsa legislatura a ogni sessione di Consiglio provinciale a inseguire alcuni colleghi di alcuni gruppi politici che regolarmente pongono queste questioni come elemento di divisione e di scontro? Questa è una sfida che Le lancio, lancio a Lei, lancio alla Sua maggioranza.

Presidente, Lei ha fatto un accenno all'immagine, all'idea che vuole avere dell'Alto Adige e del futuro, ci abbiamo messo tre mesi per arrivare a quest'idea, Lei è cresciuta anche la barba nel frattempo. Anche a noi, devo dire, è venuta un po' la barba in questo tempo, perché tre mesi per fare un governo che era scontato dal primo giorno, diciamocelo con grande franchezza. Ho capito che adesso è l'epoca della comunicazione, però ...

Io credo, presidente, che però oltre ad avere l'orgoglio delle nostre radici, tradizioni, che è un aspetto fondamentale, perché io sfido a cercare chiunque di noi all'interno di questo Consiglio che non abbia l'orgoglio delle proprie radici e tradizioni, che abbia anche l'orgoglio di una società che sappia superare se stessa, perché una società in Alto Adige che è ancora fondata sulla dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico – che ha un suo fondamento, una sua logica, è la struttura fondamentale del nostro sistema di autonomia – ma che non tiene conto di come ormai un terzo della popolazione ha superato questa dimensione, perché figli di matrimoni di persone di gruppi linguistici diversi e quindi costretti ogni 5 anni a dichiararsi da una parte o dall'altra pur essendo la proiezione ideale dell'Alto Adige del futuro; avendo una società che comunque contiene al suo interno una componente di cittadini di nuova immigrazione che si sono qui insediati, che hanno le loro attività, che qui svolgono il loro ruolo sociale e che hanno dei figli – lo abbiamo visto dalle statistiche di questi giorni – che frequentano le scuole, allora la sfida grande è avere l'orgoglio delle nostre origini e tradizioni, credo che nessuno possa rimproverarmi di non averlo e manifestarlo, e tanto è l'orgoglio mio, che ho l'orgoglio della difesa da parte di chiunque altro delle proprie origini e tradizioni, ma anche la sfida di capire che l'Alto Adige può proiettarsi in una dimensione nuova, a partire dalla scuola, plurilinguismo è l'appello che fa il mondo dell'economia, è l'appello che fanno i cittadini, è l'appello che deve raccogliere la politica, siamo all'altezza di tutto questo?

Anche su queste battaglie noi ci potremmo e ci vorremmo essere. Presidente, io non La potrò votare, perché Lei ha voluto che noi non La votassimo, però al di là di questo passaggio formale, ribadendo il nostro ruolo di chiara, precisa, netta opposizione, perché è giusto che ciascuno abbia il suo ruolo chiaro e riconoscibile, aspettiamo il programma, aspettiamo la Giunta per poter poi magari dire qualcosa di più concreto. Grazie.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente. Io sono abituato a ragionare sugli atti, al di là dell'intervento del presidente Kompatscher e, ammetto, della mia poca esperienza all'interno di questo consesso, mi trovo essenzialmente a malaparata nel senso che io sono abituato in consiglio comunale a Bolzano dove c'è un sindaco che presenta un programma, presenta un governo e su quello c'è una discussione.

Io mi trovo qui a discutere sulla dichiarazione di governo firmata dai due colleghi capigruppo della Volkspartei e della Lega e da un intervento del presidente Kompatscher al quale viene indicato da parte di questi due componenti di diventare futuro *Landeshauptmann*/presidente della Giunta provinciale.

Bene, allora io mi baso su questo documento, su questa dichiarazione di governo e su quanto ha detto il presidente Kompatscher e la prima cosa che noto è che è vero che la democrazia è basata sui numeri, ma è basata in questo caso sulla *Realpolitik* che sta sconfessando un percorso, o per lo meno c'è una nuova visione su un percorso che dal 1972 ha visto fino all'altro ieri due aree che si sono confrontate e che hanno collaborato in questi anni e hanno portato a una qualità, a una vivibilità, a tutto ciò che viene detto in questa dichiarazione di governo, estremamente positiva e sicuramente la provincia di Bolzano è una delle prime regioni, prime aree all'interno dell'Europa, ma questo non giustifica il fatto di trovare, di individuare questo legame con un partito che, dai numeri nulla da dire, ma sotto il profilo della propria ideologia e delle proprie iniziative c'è molto da dire.

Questa dichiarazione di governo firmata dai due capigruppo, porta anche quasi a una giustificazione con questa alleanza con la Lega da parte della Volkspartei e sembra di dare un colpo al cerchio e un colpo alla botte. Ci sono dei passaggi, delle aperture a mio modo di vedere completamente condivisibili nella forma, soprattutto emarginazione, discriminazione di persone, eccetera, e io mi ricordo – scusatemi se devo portare la mia esperienza politica passata di trent'anni in consiglio comunale a Bolzano, ma soprattutto degli ultimi 5 anni – ma, cari colleghi, sapete cosa diceva la Lega all'interno del consiglio comunale?

A tutte queste cose era assolutamente contraria, su *Centaurus* ad esempio un'opposizione fortissima, su quello che facevano le associazioni di nuova provenienza, un voto contrario continuo e costante, mancanza di integrazione, mancanza di dialogo con queste aree, questo è quello che diceva la Lega, a meno che il collega Vettori – e me ne compiaccio – si sia completamente rivisto, abbia rivisto questo suo atteggiamento.

Poi su questioni più ampie, si parla di Europa, si parla di altre cose su cui l'Alto Adige può svolgere un ruolo di cerniera tra nord e sud, beh mi pare che sull'Europa la Lega stia giocando un ruolo completamente diverso, si parla di sovranismo, cioè la sovranità nazionale è al primo posto rispetto all'Europa, e non voglio fare momenti di grande politica, capire cosa sono i continenti, cosa sta accadendo nel mondo, ma certo l'Europa è una grande risposta. Si parla di vivibilità all'interno di questo documento, bene, con i nuovi social l'onorevole Maturi della Lega ha fatto più volte dei video su Bolzano tipo Afghanistan, e invece qua si parla di una situazione in senso positivo.

Io devo essere sincero, mi trovo veramente a disagio nel pensare a un futuro in cui si parla di un governo di questa provincia che abbia un salto di qualità e mi è stato già detto da parte di un mio collega prima che ci sono delle tematiche di grande importanza, legate all'apprendimento delle lingue, si parla della sanità, Bolzano soffre pesantemente questo aspetto, si parla di un divario eccessivo tra le comunità montane, rurali e urbane, beh sì, è vero, c'è una forte protezione verso le comunità rurali e montane e si capisce poco ciò che succede nell'ambito urbano.

Non so se ci sarà una discussione, mi è stato detto che la prossima settimana si voterà la Giunta e spero che venga anche letto il programma o venga data indicazione di un programma, ma nel programma che ho letto che ho avuto di straforo, non ufficiale, ho individuato che si parla di Agenda di Bolzano, si parla di altre cose, io ho conosciuto tanti tavoli, tante agende, io faccio sempre la battuta dei falegnami, ce ne sono tantissimi nella provincia di Bolzano, ecco sono tutte cose che sono da vedere.

Bene, caro presidente, io mi trovo qui a votare Lei, io ho grande stima di Lei, io ho lavorato con Lei in un altro tavolo, abbiamo raggiunto degli ottimi risultati, perciò io su di Lei conosco perfettamente l'uomo, conosco lo statista anche, conosco i Suoi valori soprattutto, io Le chiedo Suo futuro governo non tradisca mai i Suoi valori. Nel momento in cui Lei non tradirà mai i suoi valori, avrà sempre il mio appoggio, però io in questo momento devo votare contro di Lei perché è un atto politico in merito a un'unione tra Volkspartei e Lega, che io non vedo assolutamente di prospettiva.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente. Cari, colleghi, care colleghe, caro presidente Kompatscher, io credo che noi siamo a una svolta di portata notevole, di portata storica per la politica in Sudtirolo e quindi dirò cose molto semplici per fotografare questa svolta, per fotografare la portata di questa svolta, perché voi – e mi rivolgo soprattutto ai colleghi della Südtiroler Volkspartei – sappiate esattamente quello che state facendo, lo sapete ma diciamo che venga tematizzato pubblicamente.

La collega Foppa diceva che eravate davanti a un'alternativa tra andare avanti e andare indietro, questa alternativa era anche per una scelta tra una svolta verso il centrodestra, la destra, oppure un centrosinistra rinnovato dalla presenza dei Verdi. Voi avete fatto una scelta, avevate davanti una scelta, avevate anche condotto un dialogo su queste due alternative e avete scelto per la destra. Noi ci siamo presentati al confronto con Voi, disponibili, sapendo quant'era pesante la svolta che ci sarebbe stata nel caso Voi aveste scelto la Lega e quindi avevamo cercato di evitare irrigidimenti, Vi abbiamo detto che distinguiamo tra programma di un partito e programma di una coalizione che quindi deve essere un compromesso, adesso naturalmente che siamo all'opposizione noi qui prendiamo il nostro programma di partito.

Voi avete fatto la scelta più comoda per gli interessi interni, per l'equilibrio dei Vostri interessi, l'urbanistica al *Bauernbund* è l'emblema di questo, io stimo Maria Hochgruber Kuenzer, l'ho apprezzata, però non ho mai condiviso la battaglia che poi ultimamente ha fatto sulla questione della legge urbanistica; era una battaglia contro il paesaggio, contro il panorama, contro i funzionari che vengono a mettere i cartelli sui ter-

reni, era per la libertà di fare lavori nel verde senza autorizzazione, per la moltiplicazione delle cubature, Lei, consigliera Hochgruber Kuenzer, si è presentata devo dire con chiarezza, alla prima riunione ha detto che Lei era lì per rappresentare i proprietari dei terreni e così ha fatto fino in fondo.

Questa è la Vostra scelta, una scelta di comodo, una scelta verso indietro, l'altra scelta era più complessa ma più moderna e innovativa, non lo dico io, lo ha detto l'onorevole Zeller. È una svolta storica, questo è il secondo punto, questa scelta è una svolta storica, per la prima volta voi governate con un'alleanza esplicitamente di centrodestra e con la peggiore destra, cioè la Lega di Salvini, non la Lega di Bossi, non la Lega di Miglio, la Lega di Salvini. Voi avete sempre governato questa provincia all'inizio con la sinistra del centro, con i Berloffia, con i Pasquali, con i Bolognini, con i Salghetti e poi con il centrosinistra, nel '64 entra il PSI di Sfondrini, nel '94 addirittura il comunista Viola e poi la Gneccchi e addirittura per una fase in Giunta regionale ci furono anche i Verdi con la collega Zendron.

Voi avete sempre governato o con la sinistra del centro e poi con il centrosinistra e perché? Non per caso, perché queste forze sono le forze che hanno fatto l'autonomia insieme a Voi, anzi accompagnando il Vostro lavoro sull'autonomia, sono le forze che avevano capito che qui non si può fare nazionalismo, che qui bisogna ritirare l'esercito, che non si può venir qui a comandare e a fare i padroni, che riconoscevano che fino all'inizio del '900 questa terra è stata una terra non italiana e questo profondo riconoscimento di queste persone, Berloffia è uno, che poteva fare un'altra scelta e invece ha detto "basta" e lo ha detto a Roma e ha aperto le strade per Voi e per gli altri e tutti gli altri così, con questi avete fatto l'autonomia e per questo, questo ribaltone dell'alleanza è una scelta storica, che va fotografata.

Voi per la prima volta Vi ritrovate la maggior parte del centrosinistra all'opposizione, per la prima volta, perfino Repetto, poveretto, Vi trovate all'opposizione e quello che a me sconcerLa, io non Vi riconosco, presidente, io non riesco a riconoscerLa, io l'ho sempre considerata il più renziano dei renziani, più renziano Lei che i renziani locali nel programma di modernizzazione, nel superamento del passato, nello stile comunicativo, nei modi, nello stile.

eri sera mi sono andato a vedere la galleria delle immagini:

- 2 ottobre 2012 – mostro la foto – "Monta sul camper di Renzi", Renzi è in giro per l'Italia a diventare *premier*, Lei non era ancora presidente
- poi a castel Presule fa questo capolavoro: "Europa-Feynman-Renzi", lì Lei lo chiama "l'amico Matteo" e lui La chiama "l'amico Arno"
- ottobre 2014 "patto di garanzia" con Padoan, il ministro dell'economia
- gennaio 2016 "accordo per il rinnovo dell'A22" con Graziano Delrio
- 6 giugno 2016 Boschi e Bressa da Lei, bella conferenza stampa, tutti sorridenti – soprattutto con la Boschi
- 5 dicembre 2016 *referendum* costituzionale, Lei è quello che più lo difende, che è più renziano dei renziani, c'è mezzo PD che è contro, Lei lo difende
- febbraio 2018 Bressa e Boschi candidati e accompagnati da Lei alla cantina di Termeno.

Io non so creare un collegamento tra questa Sua storia personale e quello che Voi state facendo oggi, voi non siete un partito di raccolta, cari colleghi, Voi siete un partito, uno Zelig che si trasforma in base a come si trasformano i colori che stanno intorno. Per non parlare degli *Arbeitnehmer*: "con noi la Lega mai!", parole di Helmut Renzler.

Eccoci qua: con Voi la Lega sì, questa è l'idea, Voi vi alleate con una forza che gli europeisti di ogni Paese considerano la più pericolosa per l'Europa ed è inutile che poi andiate logorropicamente a spiegare loro che non è così, che avete firmato la cosa, eccetera, anche perché avete sottovalutato la Lega, non sta ai vostri *diktat*, doveva firmare il preambolo e non l'ha firmato, avete detto "Trattiamo solo con i locali, non vogliamo tra i piedi né romani, né milanesi, né Salvini, né Calderoli", e avete avuto Calderoli fisso al tavolo delle trattative", ovviamente via digitale, e avete Salvini nel nome della vostra coalizione "Lega Salvini Alto Adige-Südtirol" e siete andati da Salvini la scorsa settimana per accordarvi, anche nascondendolo un po'. Voi vi siete messi in una morsa, la Lega a Roma, la Lega a Trento, la Lega qua e forse magari porterete la Lega anche nei Comuni della Provincia di Bolzano, una morsa da cui non Vi muoverete più, che Vi darà difficoltà a muovervi ma soprattutto a mio parere questo governo SVP-Lega è una sciagura per il Sudtirolo.

Sul programma discuteremo, ma dalla lettura del programma a me è venuto un quadro deprimente, viene tutto come rimpicciolito, fermato, i tentativi di innovazione vengono frenati, si discute perfino del CLIL, c'è chiusura, c'è il sospetto verso altro, c'è il sospetto che quelli ti possano imbrogliare e approfittarsi, l'unica cosa che si muove in questo programma sono gli interessi economici, ovviamente. La mia impressione con

questa maggioranza e questo programma è che si entri in una sorta di era glaciale per il Sudtirolo, dove tutto viene congelato.

Un ultimo pensiero, presidente, 5 anni fa, il 9 gennaio 2014 – Lei si è riletto il dibattito, credo, come noi, l'ho visto dalla Sua introduzione al dibattito sulla Sua elezione a presidente – noi Vi invitammo ad avere più coraggio, a far seguire agli annunci sul nuovo corso una nuova maggioranza, più larga, che includesse oltre al PD anche i Verdi. Voi preferiste la piccola coalizione, l'usato sicuro PD-SVP, noi vi avvertimmo che sarebbe stata una coalizione molto debole e sempre più debole durante la legislatura e questo è successo e alla fine del mio discorso dissi – lo leggo – "Io non so valutare oggi, collega Kompatscher, se con questa vecchia formula di governo SVP-PD, di qui a 5 anni sarà riuscito Lei a cambiare il sistema o sarà il sistema ad aver cambiato Lei". Con questa alleanza con la Lega oggi, esattamente 5 anni dopo, io credo che la risposta sia davanti a tutti e Le garantisco, presidente, non è solo una questione di essersi fatto crescere la barba.

PLONER FRANZ (Team Köllensperger): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter designierter Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete, meine Damen und Herren hier im Saal und von wo aus immer Sie uns im Live-Stream folgen! Sehr herzlich begrüße ich Sie hier im Plenum dieses Hohen Hauses im Namen der Fraktion Köllensperger. Es ist mir ein besonderer Anlass und Charakter, an der Inauguration des Landeshauptmannes zur 16. Legislaturperiode als Abgeordneter dabei zu sein. Das von Ihnen, Herr Landeshauptmann, vorgestellte Regierungsprogramm beginnt mit der Überschrift "Eine Politik für den Menschen, den Menschen zuerst!". Nun stehen Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, einer Landesregierung vor, die sich aus Südtiroler Volkspartei und Lega-Salvini-Alto-Adige-Südtirol bildet und sich als Ausgangsbasis der Regierungsbildung auf einen Werbekatalog einigte. Ich war der Meinung, dass demokratische Parteien in ihren Programmen die europäisch-freiheitsliberalen Werte verschriftlicht haben. Die Basis dieser Regierungsbildung beinhaltet diese Präambel, die die angeführte Überschrift "Eine Politik für den Menschen, den Menschen zuerst!" erhielt, mit der Zielsetzung "politische - ich zitiere aus Ihrem Programm - Schritte nach menschlichem Maß zu setzen, um das fruchtbare Miteinander der verschiedenen Sprachen und Kulturen in Südtirol als einen Mehrwert für die kulturelle, soziale, ökonomische Entwicklung des Landes zu betrachten". In Ihrer Verantwortung als Landeshauptmann dieser Koalition obliegt es, den Menschen, die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes in den Blick zu nehmen, um sie in Gesellschaft und Politik auf Veränderung hinzuweisen, auf Entwicklungen, die unsere Werteverständnisse bedrohen, die moral-ethische Normen verletzen. Es obliegt Ihnen, diesen Wertekatalog zu artikulieren, damit er nicht in das Negative abgleitet. Werte geben eben Halt, Orientierung, vielleicht auch Beruhigung. Sie entspringen nicht allein der Logik und Vernunft, sondern sie entfalten einen menschlichen Faktor und der weist auf Zuwendung, Wertschätzung, Annahme, Emotion und auch Begrenztheit. Diesen menschlichen Faktor brauchen wir, und das wünsche ich mir, dass Sie, Herr Landeshauptmann, sich diesen immer wieder in Ihren Diskussionen und Entscheidungen vergegenwertigen in dieser komplexer werdenden Welt, in der Globalisierung und auch Digitalisierung scheinbar grenzenlose Fortschritte möglich machen. In der Verantwortung des Landeshauptmannes liegt es, den Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Medizin, aber auch die drohenden Gefahren für die Umwelt und die Mitbürger in den Blick zu nehmen, um uns in Gesellschaft und Politik auf Veränderungen und drohende Wertverluste hinzuweisen. Sie müssen dafür sorgen, dass keine moral-ethischen Normen verletzt und unsere Werteverständnisse nicht bedroht werden. Wir leben in einer Zeit, in der Vertrauen verloren gegangen ist und Autorität schwindet. Ich rede keineswegs nicht nur von der Politik. In weiten Teilen der Gesellschaft herrscht das Gefühl vor, dem beschleunigten Fortschritt, der gesellschaftlichen Veränderung, dem Lobbyismus, der Globalisierung und auch der enormen Umweltbelastung ausgeliefert zu sein. Die allermeisten Menschen können die sich selbst beschleunigenden Entwicklungen nicht nachvollziehen. Das macht vielen Angst. Der Mensch darf in diesem Handeln nicht ausgeblendet und neutralisiert werden. Wahrnehmen, lernen, entscheiden, hoffen, empfinden, das zu können, macht den Menschen aus. Lassen Sie uns diese individuellen kulturell geprägten Fähigkeiten und Wesensmerkmale von Werten trennen! Sind Verantwortungsbewusstsein, Gewissheit, Kreativität und soziales Denken ausblendbar? Dem Menschen bedeutet Freiheit viel und für uns steht die Menschenwürde über allem. Der Wert der Freiheit oder die Würde des Menschen müssen unsere alleroberste Norm bleiben. In diesem Zusammenhang möchte ich aus dem Gedicht "Die Künstler" von Friedrich Schiller zitieren, der schreibt: "*Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie! Sie sinkt mit euch! Mit euch wird sie sich heben!*" Gerade weil Schiller in diesem Gedicht die Würde mit der Größe des Menschen verbindet, aber auch schon das

Scheitern im Blick hat angesichts der drohenden Gefahr der Französischen Revolution möchte ich auf die in der jetzigen Zeit sich anbahnenden Gefahren der populistischen Äußerungen und Handlungen hinweisen, da der Untergang der Menschenwürde rascher erfolgt, als man denkt.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch an die Gedanken des Bischofs Muser aus der heurigen Silvesterfeier zu verweisen, bei welcher er auf das europäische Wir-Gefühl, das nicht zerfallen darf, hinwies. Er schreibt: *"Die vielen neuen Wirs liebäugeln mit Grenzen. Die Flüchtlinge, heißt es, gehören nicht zu uns". Es macht mich als Christ betroffen, dass der Geist der Abschottung nicht selten sogar unter christlichen Vorzeichen antritt, beispielsweise um das christliche Abendland zu retten.*" Gleichzeitig erinnert er uns an das solidarische Zusammenleben als Leitwert in unserer Gesellschaft und fordert uns zu einer Werterhaltung auf. Er sagt: *"Treten wir als Menschen der Hoffnung in das Jahr 2019 ein. Möge es mit seiner Hilfe ein Jahr der Solidarität sein, des Respekts und der Wertschätzung im Denken, Reden und Handeln, ein Jahr der Menschlichkeit und der Verantwortung füreinander."* Diese moral-ethischen Ansprüche des Bischofs sollten zu den Leitwerten des Handelns dieses Hauses für die 16. Legislaturperiode werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Landeshauptmann, dass Sie in diesem Geiste selbstkritisch, sachorientiert und gesellschaftsbezogen prüfen, was heute die Menschenwürde in ihrer Größe wie Verletzlichkeit angesichts der neuesten politischen Entwicklung herausfordert. Ich hoffe, dass Sie in dieser für das Land ungewöhnlichen politischen Regierungskonstellation die Menschlichkeit, die Würde und die Solidarität verteidigen können. Danke!

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, geschätzter Herr designierter Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir heute, natürlich und auch schon in den letzten Tagen einige Gedanken darüber gemacht, wie es sich diesmal anfühlen wird, hier Stellung zu beziehen und natürlich ist es nicht ganz einfach, wenn man selbst persönlich zu den großen Wahlverlierern zählt, Ihnen jetzt irgendwo schlaue Ratschläge zu erteilen bzw. Kritik zu üben. Es wird die nächste Woche möglich sein, inhaltlich, nachdem Sie das Regierungsprogramm vorgenommen haben, auf Inhalte einzugehen. Nichtsdestotrotz ist es Pflicht, sich natürlich auch einige Gedanken zu machen, und dies werde ich natürlich tun.

"Gut Ding braucht Weile", so lautet ein bekannter Spruch. Im Fall der Bildung der neuen Landesregierung hat das Ding, wenn man es so bezeichnet, tatsächlich eine Weile gedauert und ob es dann auch tatsächlich gut ist, muss sich erst noch zeigen. Zweifel sind schon angebracht, nicht unbedingt deswegen, weil die Südtiroler Volkspartei einen neuen italienischen Regierungspartner braucht. Das Wahlergebnis hat diesbezüglich wenig Spielraum geboten, sondern vielmehr deshalb - und das habe ich in den letzten Wochen und Monaten beobachten können -, weil in der Südtirol-Politik künftig anscheinend nicht mehr so sehr Bozen, sondern Rom bestimmt. Wenn der neue Regierungspartner Salvini-Lega bei wichtigen Entscheidungen immer erst in Rom oder Mailand nachfragen muss, widerspricht dies meinem grundsätzlichen Prinzip der Landesautonomie und insbesondere den in der Regierungsvereinbarung entsprechenden Absichtserklärungen. Das ersuche ich die Kollegen der Lega als konstruktive Kritik zu empfinden, denn ich glaube, für eine Südtiroler Partei ist es wichtig, dass wir hier Entscheidungen treffen, ohne dass wir permanent Rom um Erlaubnis fragen müssen.

Viele Südtiroler - das hat sich in den letzten Wochen und Monaten gezeigt - sind gespannt, ob sich die Lega als von den Italienern meist gewählte Partei ins nationalistische Fahrwasser drängen lässt oder ob sie imstande ist, die nationalistisch gesinnten Italiener davon zu überzeugen, dass das fruchtbare Miteinander der verschiedenen Sprachen und Kulturen in Südtirol ein Mehrwert für die kulturelle, soziale und ökonomische Entwicklung des Landes ist. So lautet es ja auch in der Regierungserklärung. Klar ist - und dies sollte man als überzeugter Demokrat anerkennen -, dass für die italienische Sprachgruppe nach Jahrzehnten erstmals eine Partei in der Landesregierung sitzt, die nicht der linken Reichshälfte angehört. Dies eröffnet neue Perspektiven in der Gesellschaftspolitik und aus meiner Sicht lässt dies zumindest auch hoffen. Ich teile diese großen Ängste, die andere angesprochen haben, nicht. Ebenso klar ist natürlich auch, dass die Südtiroler Volkspartei mit der Lega nur deshalb eine Regierung bildet, weil es sich mit dem bisherigen Partner nicht mehr ausgeht. Völlig offen ist die Entwicklung in Rom und ob das dort regierende Bündnis aus Fünf Sterne und Lega an einer Weiterentwicklung bzw. an einem Ausbau der Südtirol-Autonomie interessiert ist oder ob es angesichts der desaströsen Schuldenlast nicht doch weitere Eingriffe in unseren Landeshaushalt plant. Das wird sich zeigen und das haben wir nach den Wahlen bereits im Gespräch mit der Südtiroler Volkspartei schon ganz klar gesagt: Immer dann, wenn es um Südtirol, die Autonomie und deren Grundsäulen geht, werden wir auch weiterhin ein verlässlicher Partner für die Südtiroler Volkspartei sein. Wie oft werden Sie dann als Landeshauptmann Wien um Hilfe rufen müssen? Ich hoffe nicht sehr oft, das wird sich zei-

gen! Da war das Gerangel um den dritten Senatssitz wohl nur ein Vorgeplänkel. Wäre es nicht um eine Prinzipienfrage bzw. um die Beschneidung einer autonomen Befugnis gegangen - Sprichwort "Maßnahmen 113 des Paketes" -, so wäre ein Einschreiten Österreichs wegen eines verlorenen Senatssitzes wahrscheinlich eher belächelt worden, wobei man hier schon auch eine Klammer auf tun muss. Ob es ganz glaubwürdig ist, weiß ich nicht. Ihr verzichtet ja bereits auf einen Sitz, Sprichwort "Boschi". Hier hat die Volkspartei sozusagen einen Südtiroler Sitz freiwillig ziehen lassen bzw. darauf verzichtet. Sie als designierter Landeshauptmann mussten zunächst die Kröte "Lega" schlucken und dann die innerparteilichen Befindlichkeiten besänftigen. Ob dies gelungen ist, wird sich noch zeigen.

Als überzeugte Quotengegnerin kann ich mir natürlich ein Schmunzeln nicht verkneifen, da sich die Quotenregelung zu einer schier unüberwindbaren Hürde bei der Bildung der Landesregierung erwiesen hat. Eine Landesrätin ausschließlich dank der Quotenregelung startet mit einem Klotz am Bein. Nichtsdestotrotz wünsche ich ihr trotzdem viel Erfolg und das ist auch nicht persönlich gemeint, denn persönlich natürlich schätze ich Kollegin Hochgruber Kuenzer.

Was mir heute in den Ausführungen natürlich zu kurz gekommen ist, ist das gesamte Thema der Einwanderung, der Integration. Darauf werden wir uns sicherlich dann nächste Woche, sobald das Regierungsprogramm vorliegt, noch ausführlich unterhalten können, wobei - wie ich daraus entnommen habe - natürlich wichtige Inhalte fehlen. Aber ich denke, das ist dann auch irgendwo unsere Aufgabe, fehlende Themen bzw. fehlende Bereiche, bei denen wir denken, dass man mehr daraus machen könnte, mit Inhalten zu füllen. Sie haben es ja selbst angesprochen: Die Südtiroler Volkspartei hat in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder Vorschläge und Beschlussanträge der Opposition angenommen. Allerdings wäre hier einmal von Vorteil und ganz interessant zu prüfen, wie viele davon auch effektiv umgesetzt wurden, denn meines Wissens fehlt es gerade in der Umsetzung. Es wird oft, damit man schnell weiterkommt, etwas angenommen, aber umgesetzt werden viele Dinge dann doch nicht.

"Kompatscher 2", so wird diese neue Landesregierung in die Geschichte eingehen, ist eine andere Regierung, als man sich vielleicht erwartet hätte. Auch die Kontinuität zu "Kompatscher 1" ist wohl nur personell, kaum vielleicht politisch zu verzeichnen. Der Landeshauptmann selbst steht als Garant an der Spitze dieser Regierung, versucht auch immer wieder eine bestimmte Werterhaltung vorzulegen. Man wird dann aus der Regierungserklärung entnehmen können, welche Werte dies genau sind. Dahinter ist Landesrat Achammer so etwas wie der Parteistrategen, der allen das Gefühl gibt, mit jeder nur denkbaren Partei zu koalieren, solange nur die Vorteile für die eigene Partei groß genug sind, der zwischen rechts und links schwenkt, heute das eine vollends verurteilt und morgen mit dem anderen ungeniert anbandelt. In Südtirol von einem Tag auf den anderen vom PD zum Lega wechseln, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit Forza Italia kandidieren, mit Gemeinden mit unterschiedlichen Parteien regieren, das schafft wirklich nur die Südtiroler Volkspartei und ist wahrscheinlich auf europäischer Ebene auch einzigartig. Man mag das als Pragmatismus bezeichnen, für mich ist das auch ein Stück weit Politik der Beliebigkeit. Der Zweck heiligt die Mittel bzw. dem Machterhalt wird alles untergeordnet. Ich wünsche mir von dieser Landesregierung, vom Landeshauptmann und von der Landesregierung, dass sie sich nicht weiter in Floskeln, in Ankündigungen oder in Phrasen verwirklichen - davon hatten wir schon genug -, sondern wirklich deutliche und vor allem für die Menschen spürbare Zeichen setzen. Es bleibt auch zu hoffen, dass der Lega-Koalitionspartner die Versprechungen hält, die er gegeben hat. Das wird sich vor allem auch dann zeigen, wenn es nicht nur um Kuschelthemen, sondern ans Eingemachte geht, wenn es wirklich um Fragen geht, die Südtirol betreffen, auch die Zukunft Südtirols. Denn in einer Demokratie muss vieles erlaubt sein, zu debattieren, zu diskutieren, auch wenn es um Europa geht, Europa der Völker, Europa der Regionen, meinetwegen über Selbstbestimmung, Sezession, Freistaat Südtirol. All diese Dinge werden diskutiert werden und ich wünsche uns, weil wir alle das Wohl des Landes im Auge haben, dass wir gut zusammenarbeiten, dass wir - so wie es auch Sven Knoll gesagt hat - durchaus inhaltlich hart sind, aber fair in der Sache, und dass wir uns nach allen Debatten anschließend auch in die Augen schauen können und ein kollegiales Miteinander bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen, die wir hier haben, an den Tag legen. Das nennt man Demokratie.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter designierter Herr Landeshauptmann! Sie haben vorher angesprochen, was nicht gut funktioniert hat. Es wurde auch angesprochen, dass sehr viele Beschlussanträge zwar angenommen, aber nie umgesetzt wurden. Auf einen möchte ich konkret eingehen, und zwar auf den Beschlussantrag, bei dem es darum geht, dass die Funktion des Regierungsfunktionärs an den Landeshauptmann übertragen wird. Dieser wurde bis

heute noch nie umgesetzt. Was leidet darunter? Das ist der Gebrauch der Muttersprache in unserem Land. Das war, ist mir und wird mir auch zukünftig ein wichtiges Thema sein. Es geht um die Bürger von Südtirol. Es geht um ein schwer erworbenes Recht für Südtirol und bis heute wurde es noch nie zur Gänze umgesetzt. Es weist so viele große Lücken auf. Bereits in der letzten Legislatur haben wir hier im Landtag gesehen, dass nicht eine Landtagsperiode vergeht, in der sozusagen keine Anfragen bezüglich des Missbrauchs vom Recht auf Muttersprache vorliegen. Immer wieder beschwerten sich Bürger, dass diesem Recht nicht nachgekommen wird. So weist man beispielsweise bei der Kommunikation der Polizei, im Krankenhaus oder im Gericht große Lücken auf. Besonders bei der Neueinstellung des Personals im Gerichtswesen oder auch bei den Ärzten im Krankenhaus sollte wirklich auf diesen Gebrauch der Muttersprache und auf die Zweisprachigkeitsbestimmungen geachtet werden, damit diese endlich umgesetzt werden. Dieses schwer erworbene Recht - wie Sie auch gesagt haben -, das Erbe der vorhergehenden Politiker, die diese Autonomie schwer errungen und sozusagen für Südtirol erkämpft haben, sollte nicht ausgehebelt oder untergraben werden.

Es spricht zwar nichts dagegen, hier für die Förderung von Mehrsprachigkeit zu sein, doch es darf nicht auf Kosten des muttersprachlichen Unterrichtes gehen. Die von der deutschsprachigen Minderheit im italienischen Staate schwer erworbenen Rechte dürfen nicht ausgehebelt oder als nicht mehr wirklich wichtig angesehen werden.

Wenn man die Regierungserklärung ein wenig durchschaut, kann man darin Worte wie "Alto Adige" sieben mal, "Alto Atesini", was nicht einmal amtlich ist, zweimal und "Provincia di Bolzano" zweimal finden, während man das Wort "Sudtirolese" gar nicht findet. Deshalb sieht man hier die Tendenz, dass das Gespür für derartige Feinheiten fehlt und man nicht darauf achtet, dass wirklich der richtige Sprachgebrauch verwendet wird. Man sollte auch auf die Amtlichkeit achten, denn die Worte "Alto Atesini" existieren amtlich nicht. Wer sind die "Alto Atesini"? Was ist das "territorio Alto Atesino"? In diesem Zusammenhang komme ich zu meiner konkreten Forderung. Die Tendenz in der Politik bzw. der Sinn der Politik sollten nicht nur Worte sein, sondern diesen Worten sollten auch Taten folgen. Ich würde dahergehend ersuchen, bereits jetzt in dieser Regierungserklärung diese Abänderung bzw. diese sprachliche Korrektur vorzunehmen. Somit würde man anstatt "Alto Atesini" oder "Alto Atesine", wenn es beispielsweise heißt "le cittadine e i cittadini Alto Atesini", "Sudtirolesi" schreiben.

LEITER-REBER (Die Freiheitlichen): Werter Herr Präsident, werter designierter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage in eine ähnliche Kerbe wie Kollege Urzi. Wir haben heute den Landeshauptmann zu wählen, ohne dass wir genau und offiziell wissen, wie die künftige Landesregierung aussehen wird, ohne dass das Programm offiziell vorgestellt worden wäre. Das sieht auch die Geschäftsordnung so vor, das ist mir klar, aber es ist natürlich ein Vertrauensvorschuss, den man hier zu geben hat. Das funktioniert natürlich wie vor fünf Jahren, wenn ein Landeshauptmann neu ist. Und ich muss sagen, dass ich vor fünf Jahren sehr große Hoffnungen auf Sie und in Ihre Arbeit gesetzt hatte. Nach dieser Ära Durnwalder, die in der Verwaltung auch ihre Vorzüge hatte, aber vor allem im demokratischen Verständnis, das in unserem Land und im Landtag herrscht, kann ich mich erinnern, dass es vor fünf Jahren mit Ihnen eine Aufbruchstimmung gab, bei der wir uns alle - ich glaube, da darf ich für die gesamte Opposition sprechen - mehr im Austausch zwischen Mehrheit und Opposition erwartet hatten. Ich habe mir extra Ihre Erklärung vor fünf Jahren durchgelesen, wo Sie das auch ganz stark betont haben, diesen neuen Politikstil, die Transparenz und die Mitarbeit. Sie haben damals von Ausschüssen gesprochen, die Sie installieren wollten, immer ausgeglichen oder zumindest mit Beteiligung der Opposition zu allen wichtigen Themen in diesem Lande. Meines Wissens - ich habe mich da informiert - sind sehr wenige bzw. kaum solche Ausschüsse eingesetzt worden. Auch ich persönlich - damals noch nicht politisch in diesem Ausmaße aktiv - bin enttäuscht darüber. Ich war froh, als ich gehört habe, dass ein Autonomie-Konvent einberufen bzw. ein Prozess eingeleitet wird, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger des Landes mitmachen können. Ich habe große Stücke darauf gesetzt und mich an den Open-Space-Veranstaltungen als Bürger dieses Landes beteiligt. Bei diesen Prozessen wurde sehr gut gearbeitet. Ich glaube, es fanden über 200 Treffen statt und es haben sich über 2.000 Personen daran beteiligt. Wenn man die Ergebnisse des Autonomie-Konvents anschaut, wenn davon die Rede ist, dass wir endlich eine eigene Region installieren, dass wir die Steuerautonomie anstreben, die Landespolizei, die Abschaffung des Regierungskommissariats, wie es vorher schon angesprochen worden ist, so habe ich all diese Sachen in Ihrer Rede heute vermisst, obwohl sich Tausende von Bürgern daran beteiligt und mitgearbeitet haben. Diese Enttäuschung, Herr designierter Landeshauptmann, spielt hier mit und ich kann für meine Fraktion sprechen, dass wir in den nächsten fünf Jahren klar darauf setzen werden, dass

sich diese Punkte, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mitgetragen und eingebracht wurden, in der Arbeit hier im Landtag widerspiegeln. Man darf nicht so tun, als wäre dieser Prozess abgeschlossen, auch wenn die Region dann natürlich zuständig ist. Wir sollten uns diese Ziele - und mögen sie noch so hoch sein - setzen und immer wieder darauf pochen, auch in den Erklärungen, die Sie abgeben. Danke!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Care colleghe, cari colleghi, presidente Kompatscher, è quantomeno per me singolare pronunciarmi su una sintesi politica, dopo aver aspettato due mesi, aver già letto il programma e aver fatto delle interrogazioni, se non altro anche perché è il mio primo intervento in assoluto. Comunque aspetterò a commentare il contenuto del governo, focalizzandomi sull'analisi politica e soprattutto sul percorso che hanno portato a questa candidatura di presidente.

Il percorso è stato travagliato e, come hanno già detto, è stato più lungo del dovuto; è iniziato con l'obbligo preliminare di sottoscrivere alcuni principi di fedeltà ai valori dell'Europa, prima di iniziare qualsiasi consultazione con il *partner* scelto, questa era una condizione. I rappresentanti locali della Lega, nel loro zelo, hanno acconsentito immediatamente, si trattava di principi sacrosanti e ovvi, hanno chiesto subito dove e quando si posse firmare al più presto per sedersi al tavolo delle trattative. Però da Roma, o meglio da via Bellerio, è arrivato subito un dietro front, "qui non si firma niente", allora la SVP ha sorvolato, perché comunque la scelta si doveva fare, però ha dato una forte indicazione di come andrà avanti la Giunta, di chi comanderà veramente, di chi è il *partner* dell'SVP.

Dopo qualche settimana, un altro altolà, questa volta per una paventata diminuzione dei senatori da tre a due, subito un appello a Vienna per un intervento, qui forse molti non lo sanno, però è stato uno dei nostri rappresentanti, il ministro Fraccaro, che ha proposto a Calderoli di lasciare i tre senatori per valorizzare la nostra terra, il Trentino e l'Alto Adige, come soluzione per dare più forza alla nostra autonomia. Questo dimostra che in ogni caso, quando vi sono da fare scelte a favore della nostra terra e dei nostri cittadini, noi non siamo la rovina dell'Italia, come ci ha apostrofato colui che oggi propone la sua candidatura, non offendendo soltanto me o il Governo, ma offendendo soprattutto milioni di italiani che credono nel Movimento 5 Stelle.

Il richiamo al Cristianesimo sicuramente, come riferimento ideologico, ci piace, condividiamo, un po' meno quello all'umanesimo, in quanto noi del Movimento 5 Stelle siamo degli illuministi, la nostra piattaforma si chiama Rousseau, chi conosce la storia sa che l'illuminismo è arrivato dopo l'umanesimo, l'umanesimo è ancora nel Medioevo e qua devo dire che forse hanno fatto bene a parlare di umanesimo perché è stato un passo indietro e si vuole proprio fare un passo indietro, soprattutto sulla scuola. Cristianesimo, comunque, è un valore, non è un dogma, ci sembra anche che sia superfluo rimarcarlo sempre nelle vostre dichiarazioni, sembra che sia fatto per riempire un vuoto, per dare un segnale buono. Io però vorrei ricordare cosa significa agire da cristiani e richiamarsi ai valori e agli insegnamenti del Vangelo, significa amare il tuo prossimo come te stesso, significa soprattutto trattarci tutti come fratelli, non soltanto tra noi, ma anche al di fuori di qui, anche il più reietto degli uomini è un nostro fratello, e allora ci chiediamo se agiamo veramente da Cristiani utilizzando questi termini con una certa dose di ipocrisia, tanto per far vedere che siamo dalla parte dei buoni.

Autonomia. Siamo d'accordo che vada sviluppata, ampliata e migliorata anche avvalendosi di organi esterni indipendenti per le funzioni di controllo. L'autonomia dovrà essere estesa e aumentata, però anche nel senso di dare maggior autonomia ai Comuni e, ad esempio, anche con strumenti di democrazia diretta, mentre siamo andati sempre nella direzione contraria; un'altra cosa delicata dell'autonomia è che comunque deve sempre esserci separazione tra il controllato e il controllore. A me in queste poche settimane sono arrivati dei segnali molto allarmanti sull'indipendenza della Magistratura amministrativa, che, come sappiamo, è di nomina politica provinciale.

Europa. L'Europa, siamo d'accordo, è foriera di sicurezza, pace e benessere, deve crescere e diventare più forte, ma siamo sicuri che l'Europa tuteli esclusivamente i nostri interessi? L'Europa è un insieme di regioni e di interessi anche contrapposti, abbiamo imparato a capire in questi giorni quali sono i limiti dell'Europa e abbiamo visto anche un'autocritica che è stata fatta proprio l'altro giorno dal presidente della Commissione Juncker, che ha detto che sono stati fatti tanti sbagli. Credo che di questo ci accorgeremo nelle prossime elezioni. I veri amici dell'Europa sono i tecnocrati al servizio delle banche e della grande finanza e non certo i cittadini, i movimenti o i differenti popoli europei.

Bene che nella dichiarazione siano state ricordate alcune preoccupazioni: La globalizzazione, anche se per me da imprenditore è un'opportunità, non una preoccupazione, il cambiamento climatico, la crisi migratoria, la digitalizzazione, la dilagante perdita della biodiversità, però sono state dimenticate la povertà, la salute, il diritto all'abitazione. La proficua convivenza dei gruppi linguistici rappresenta una ricchezza, un valore aggiunto, un vantaggio competitivo per le nostre imprese e va fatto tutto per aumentare questo tipo di ricchezza culturale, mentre noi avvertiamo invece dei segnali inversi. I giovani vanno all'estero e vanno sempre incoraggiati a fare delle nuove esperienze al di là delle nostre montagne, vogliamo però farli tornare e io lo sento spesso questo *mantra*: "dobbiamo far tornare i nostri giovani che vanno all'estero", però poco ci chiediamo perché non tornano visto che qui crediamo di essere una regione dell'avanguardia europea, dove tutto è bene e va per il meglio.

Difesa dell'ambiente. Noi siamo obbligati a mettere in atto politiche di mobilità diverse, avere un tipo di agricoltura diversa, tutelare la qualità dell'aria, dell'acqua, si deve dire chiaramente se questa è una priorità, peraltro è stato confermato adesso, e poi però si deve anche agire di conseguenza, quindi ogni atto politico, ogni decisione deve sempre chiedere quale riflesso avrà sull'ambiente.

Per ultimo il principio di sussidiarietà, che ci sta molto a cuore, è un principio che è stato citato nella dichiarazione, si tratta anche di un principio costituzionale e il compito della Giunta soprattutto dovrebbe essere quello di ridurre la forbice di inuguaglianza che negli ultimi anni è sempre cresciuta e quindi crediamo che negli ultimi anni le politiche compensative di riequilibrio e redistribuzione del reddito chiaramente non abbiano funzionato al meglio.

Concludo con una citazione del presidente Roosevelt, che disse in un discorso inaugurale del 20 gennaio 1937: "La prova del nostro progresso non è quella di accrescere la ricchezza di chi ha tanto, ma dare abbastanza a chi ha poco".

Con questo il mio gruppo ovviamente dirà no a una fiducia al presidente Kompatscher e staremo sempre attenti nel fare opposizione sempre a favore del cittadino. Grazie.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): *Danke Herr Präsident.* Care colleghe, cari colleghi, collega Kompatscher, oggi ci troviamo qui a esprimere un voto su una dichiarazione di governo e su un presidente con una dichiarazione che contiene principi e valori generici con un programma che ormai abbiamo potuto leggere credo accettabile da una maggioranza ben più ampia in quest'aula di quella che effettivamente andrà a sostenere l'esecutivo. Sarà poi la concreta realtà dei fatti e dei problemi che si presenteranno nel tempo a mostrare come sarà questa Giunta in concreto e anche la sua tenuta rispetto alle divisioni e le contraddizioni che già oggi cova al suo interno.

Cinque anni fa, ci ricordiamo, il tema dominante era quello della crisi economica globale e il programma era improntato a questo, mentre oggi il successo elettorale dei vostri indispensabili alleati è stato largamente determinato dal cavalcare le paure rispetto ai profughi. Nel corso della legislatura probabilmente emergeranno altri temi, altri problemi e vedremo come questa maggioranza si porrà.

Presidente Kompatscher, Lei cinque anni fa è stato eletto anche per dare un segnale di discontinuità rispetto al passato e rispetto a un "sistema Alto Adige" che da tempo lascia sempre più cittadini scontenti. Il Suo è stato un governo con luci e ombre – come è inevitabile che sia – ma questa di discontinuità rispetto al passato non ne abbiamo vista molta, questo groviglio di interessi, questo "sistema" non è certo stato risolto. Anzi, si ha sempre ancora la sensazione che il bene comune troppo spesso venga piegato a interessi di parte.

La differenza rispetto al passato è che sempre più elettori ne hanno preso coscienza e il consenso per l'SVP continua a diminuire. E quindi ecco la svolta: da un partito socialdemocratico come alleato, si passa ai sovranisti della Lega, della quale fino a pochi mesi fa si diceva peste e corna. Un matrimonio di interesse, certo, ma anche un matrimonio le cui contraddizioni saranno evidenti già tra pochi mesi, quando la campagna elettorale per le europee entrerà nel vivo. Troppo facile porre la domanda a Lei e ai Suoi colleghi di partito per sapere se l'Europa che auspicate è quella di Orban o della Le Pen. Sicuramente quella non è la nostra Europa, come non è nostra la visione di una società come propone la Lega e che, colleghi della Volkspartei, con quest'alleanza state sdoganando qui da noi per opportunismo politico e Lei, presidente Kompatscher, a questo gioco si è piegato.

Questo nuovo Consiglio vede rappresentato al suo interno anche un movimento politico giovanissimo, quello che io ho l'onore e l'onere di presiedere. La nostra sarà un'opposizione costruttiva, senza pregiudizi, non urlata, pragmatica. E sarà anche un'opposizione rispettosa dei rispettivi ruoli e dei ruoli istituzionali,

aspettandoci da parte della Giunta un atteggiamento analogo verso di noi e verso quest'aula in genere, troppo spesso svilita a mero "votificio" per ratificare le proposte gentilmente passate da palazzo Widmann.

Ma vogliamo essere ottimisti, perché riuscire a coagulare un ampio consenso sulle sue proposte che vada oltre quello che può essere la coalizione di governo in senso stretto, è una sfida che questa Giunta dovrebbe cogliere, perché significherebbe riuscire a coinvolgere settori più ampi che quest'aula in maniera proporzionale rappresenta. E anche questo sarebbe un passo per una migliore democrazia. Passo che con la formazione di questa Giunta non avete voluto compiere, rimanendo saldamente ancorati alle vecchie logiche.

Nella campagna elettorale noi ci siamo posti come un movimento politico aperto a tutti, oltre gli steccati etnici, oltre le ideologie per mettere finalmente a frutto la pluralità culturale di questa terra, che noi consideriamo valore aggiunto, un arricchimento e non certo una minaccia. Prendiamo atto che l'SVP persiste nel rivendicare il monopolio di rappresentanza del mondo tedesco e ladino – un monopolio che ormai esiste solo sulla sola carta – e che evidentemente fatica a comprendere che la nostra società è cambiata e cambierà sempre più. Noi abbiamo provato a riassumere questo impegno verso tutti i cittadini di questa terra – italiani, tedeschi, ladini, mistilingui e altri – in un'unica parola: "#insieme" e siamo stati premiati, un successo che dovrebbe indurre a riflettere chi ancora esclude per statuto una parte della nostra società, salvo poi chiederne il voto a pochi giorni dalle elezioni.

La dichiarazione di governo elenca dei principi e dei valori largamente condivisibili, lo sappiamo tutti, non pare certo scritta dalla Lega Salvini. Le persone al centro o il "Prima le persone" del programma di governo, sembra solo un lontanissimo parente del "Prima gli italiani" di Salvini, ma la Lega resta comunque un partito sovranista e neonazionalista antieuropeo.

Leggiamo di "provvedimenti a misura d'uomo e uguaglianza tra uomo e donna, ripudiamo con forza ogni forma di emarginazione o discriminazione di persone, minoranze religiose, sessuali e sociali", ma la Lega Salvini resta il partito del ministro Fontana, del decreto Pillon e di espressioni razziali che viaggiano su Twitter e altri canali.

Contiene un richiamo all'"Europa delle regioni e addirittura al sostegno dell'unificazione europea e moneta unica", di questo Le do atto, avete messo dentro alcuni principi veramente forti, evidentemente a Calderoli questa frase è sfuggita, ma il partito di Salvini è un sovranista, resta l'amico dei nemici dell'Europa da Le Pen agli altri populistici di estrema destra, Salvini, il cui nome fa parte del nome delle alleanze di questo governo.

Faust: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

No, la Lega è ben altro, come il collega Repetto prima ha già giustamente sottolineato, questo governo infatti lo giudicheremo alla prova dei fatti, nella sua azione concreta di amministrazione di questa terra. Risulta difficile oggi pensare che ci saranno meno lobby e più bene comune, tutto lascia presagire che ci sarà una continuazione del passato, ossia della politica basata sul mantenimento del potere con l'aiuto delle clientele. È questo che in ultima analisi dice il programma di coalizione: avanti come prima. E la scelta dell'alleato di Giunta era funzionale a questo obiettivo. Avete scelto di andare avanti come prima, nonostante o forse proprio per via del ridimensionamento elettorale che avete ottenuto, controbilanciato dall'altrettanto clamoroso successo della Lega, ed è questo successo della Lega e solo quello che – per l'ultima volta – Vi permette di andare avanti come prima, come se nulla fosse successo. Questa è anche la legislatura più a rischio, non tanto per i numeri che avete, ma per la tenuta degli stessi partiti che la compongono. e in ogni caso questa la svolta è solo rimandata, e di certo non si potrà più evitare a lungo.

Nonostante il nostro voto contrario di oggi, siamo comunque qui a lavorare tutti insieme al futuro di questa terra. In questo senso io mi auguro che l'auspicio del vecchio e nuovo presidente che abbiamo sentito questa mattina, cioè di trovare una migliore collaborazione in particolare sui disegni di legge in quest'aula, non resti solo un auspicio, ma trovi concreta applicazione. Noi faremo la nostra parte, con critiche motivate, con una collaborazione costruttiva e proponendo soluzioni alternative ogni volta che ci sarà possibile. io auguro un buon lavoro a Lei, presidente, alla futura Giunta e a tutti noi nell'interesse di tutti. Grazie.

ACHAMMER (SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter von uns designierter Herr Landeshauptmann! Mir kommt so vor, nach den vielen Kommentaren, die ich heute im Landtag, aber auch vor der Veröffentlichung dieser Regierungsvereinbarung gelesen habe, so viele Interpretationen und Kommentare in die verschiedenen Richtungen, als hätten wir schon fünf Jahre regiert! Es schaut so aus, als ob alle schon wüssten, was jetzt passieren und wie es ausschauen würde. Ich

habe da mal ein paar Stichwörter herausgesucht, was wir alles schon gelesen haben. "Unklar" wäre diese Regierungsvereinbarung, "weichgespült" und - hat jemand gemeint, der hier im Raum sitzt - "da könnten ja alle unterschreiben". Gleichzeitig höre ich heute im Raum auch von Kollegin Foppa und Kollegen Dello Sbarba, es wäre ein Rückschritt, all das, was positiv wäre, würde im Keim erstickt. Es würde sogar eine historische Wende geben. Ich mache das jetzt mit etwas Augenzwinkern. Gleichzeitig lese ich von unserem geschätzten ehemaligen Kollegen Hans Heiss, der in einer Blitzanalyse gemeint hat: "Es ist erstaunlich, ja sogar paradox, in vieler Hinsicht könnte der Entwurf als ökosoziale Plattform durchgehen." Er hätte sogar "eine pistaziengrüne Glasur", hat er gemeint. Die Interpretationen sind weit, sie reichen also doch von sogar vielleicht fortschrittlich bis hin zum absolut rückwärts gewandten Rückschritt.

In diesen vielen Tagen der Diskussion seit der konstituierenden Sitzung des Südtiroler Landtages - Kollegin Mair hat es auch angesprochen, es waren ja viele Tage - habe auch ich mir die Frage gestellt: Was erwarten sich denn die Bürgerinnen und Bürger draußen von uns? Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind gewählte Volksvertreter. Ihr habt sicher immer dasselbe gehört wie ich. Viele haben gemeint: "Hört jetzt endlich auf mit diesem Hick-Hack, mit dieser Quertreiberei." Gerade in den letzten Stellungnahmen habe ich gehört: "Lasst sie doch endlich einmal arbeiten, denn wir wollen das jetzt wissen." Nach nicht wenig Zeit seit dem 21. Oktober werden Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger draußen verlangt, wie Menschen sich möglicherweise schwer tun in diesem Land, sich noch ein Leben zu leisten, wie die Gesundheit morgen ausschauen soll, wie die Planung und die Absicherung der großen Systeme unseres Landes in Bildung, Arbeit und Wirtschaft sein soll, wie dies ausschauen soll. Ok, dann sage ich dazu: Dann könnten einige meinen, dass wir jetzt nur mehr sozusagen Pragmatiker sind. Das hat Kollegin Mair ja auch mir persönlich vorgeworfen. Es wäre also alles möglich, um möglicherweise Lösungen zu finden. Ja, die Südtiroler Volkspartei hat sich - das ist angesprochen worden -, wohl wissend, dass es zwei Optionen gegeben hätte, für eine Bildung einer Mehrheit der Landesregierung entschieden. Lassen Sie mich es noch einmal - ich habe es draußen oft schon gesagt - auch hier im Raum sagen, weil es mir wichtig erscheint: Ich verstehe nicht, dass wir gerade in diesem Punkt immer und immer wieder kritisiert wurden. Wir haben uns entschieden, mit der Lega Verhandlungen aufzunehmen, aus einem Grund, der uns immer vorgeworfen wurde. Man solle doch das Votum der Wählerinnen und Wähler bitteschön hoch halten. Wenn eine Gruppierung mehr als 50 Prozent der Zustimmung der italienischen Sprachgruppe bekommt und wenn wir nur ein bisschen das, was unser Autonomiestatut vorsieht, nämlich die Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen, im Kern und im Geist ernst nehmen, dann nehmen wir auch dieses Votum ernst, auch wenn uns vorgeworfen wurde, dass dies nur eine Ausrede wäre. Es ist keine Ausrede! Dann sind wir wieder beim Punkt: "Ja, dann verhandelt ihr mit jedem sozusagen, der Zustimmung erhält, auch wenn sie das Gegenteil von euch sagen." Nein, dazu sage ich ganz deutlich Nein, und zwar aus einem Grund: Wir haben gesagt, dass wir für diese und zu dieser Zusammenarbeit nur bereit sind, wenn jene Punkte, die Südtirol groß gemacht und in eine gute Zukunft geführt haben, beständig bleiben. Das sage ich mit aller Überzeugung. Ich sage auch in Klammer dazu, dass manche verwechselt haben, dass Koalitionsverhandlungen Verhandlungen zwischen zwei Parteien sind. Mir ist so vorgekommen, als ob die einen die anderen übernehmen oder umgekehrt. Aber wenn jene Punkte hochgehalten werden, die Südtirol groß gemacht haben und respektiert werden, dann sind wir damit einverstanden. Ich sage es ganz bewusst und möchte vier dieser Punkte nennen, die uns wesentlich waren und sich jetzt in der gemeinsamen Regierungsvereinbarung SVP und Lega widerspiegeln. Wenn Sie sie genau gelesen haben, dann werden Sie sie auch finden. Wir haben gesagt, dass ein paar Punkte völlig außer Frage stehen müssen. Wir wollen eine Politik des Ausgleichs, die nicht auf Quertreiberei sozusagen basiert, sondern auf dem Ausgleich zwischen den Sprachgruppen und zwischen den Alters- und Interessensgruppen und auf das Miteinander der Menschen in diesem Land. Das ist unser Grundprinzip Nr. 1. Da können Sie noch so viel kritisieren, das wird es auch bleiben. Der zweite Punkt war: Wir bauen darauf auf, messen Sie uns an den Taten - das werde ich danach noch einmal sagen -, auf eine Politik, die dort Solidarität zeigt, wo sie gebraucht wird und nötig ist, die aber auch Einsatz und Leistung des Menschen wertschätzt. Wir bauen auf eine Politik, die die größtmögliche Selbstständigkeit im Rahmen von Autonomie in diesem Lande will, in der Überzeugung, dass wir hier in diesem Saal, in diesem Land besser für unsere Menschen verwalten können. Diese Überzeugung hat uns auch verbunden. Und ein Punkt - da haben die Menschen gefragt, wie sehr wir denn über diese Wertekataloge oder was auch immer diskutieren -, bei dem es unterschiedliche Ansichten gibt und die auch zwischen den Parteien bestehen bleiben, ist der Punkt Europa. Aber der Südtiroler Volkspartei war es wichtig zum Ausdruck zu bringen, nicht, dass wir nicht Kritik gegenüber der Entwicklung der Europäischen Union üben könnten. Uns gefällt auch nicht alles, was

hier passiert. Aber dass Europa gerade uns als Grenzregion, als Minderheit, als Region, die soviel und so sehr davon profitiert hat, dass gerade die europäische Entwicklung nicht zurückgehen kann, sondern weiter nach vorne gehen muss, dass wir hier keinen Rückschritt und keinen neuen Nationalismus der neuen Grenzen akzeptieren werden. Das war uns als Südtiroler Volkspartei wichtig. Von Anfang an haben wir gesagt: Wenn wir hier Schnittmengen finden, dann wird einiges in der Zusammenarbeit möglich sein, sonst nicht. Wir haben sie gefunden und wir können mit Überzeugung sagen, dass sie auch in dieser Regierungsvereinbarung, die heute der designierte Landeshauptmann deponieren wird, niedergeschrieben sind. Darauf werden wir, sofern wir die Zustimmung bekommen, auch aufbauen.

Ich möchte deswegen noch einmal sagen: Nach so vielen Kommentaren, Interpretationen und was auch immer, gibt dieser Mehrheit, die noch nicht gemeinsam in diesem Saal abgestimmt hat, einfach eine Chance zu beweisen, wie es denn konkret aussieht, bevor man einen Rückschritt, historische Wenden oder was auch immer hineininterpretiert! Messt uns also an unseren Taten, die wir - auch dieser Punkt der Regierungsvereinbarung ist uns wichtig - im Saal gemeinsam zeigen sollten. Viele Menschen draußen haben in der Diskussion gemeint: "Jetzt entstehen noch härtere Fronten im Südtiroler Landtag, weil sich eine Mehrheit gegenüber der anderen bildet." Ich glaube, dieser Handschlag, der ausgesprochen worden ist, auch heute vom Landeshauptmann, ist ein ehrlicher und ein ernst gemeinter. Wir alle 35 arbeiten jetzt endlich ab sofort für die Bürgerinnen und Bürger und haben gemeinsam Lösungen zu präsentieren. Ich denke, auch in der letzten Amtszeit haben wir als Südtiroler Volkspartei immer Offenheit in diesem Saal bewiesen.

Deshalb ersuchen wir heute zuallererst um Zustimmung zur gemeinsamen Designierung mit Fraktionssprecher Carlo Vettori des Landeshauptmannkandidaten Arno Kompatscher, weil wir überzeugt sind - und wir haben jetzt vieles gegenüber dem Landeshauptmann gehört -, dass er, so wie er die Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren geführt hat, auch in den kommenden Jahren zeigen wird, dass diese Punkte, die vorher genannt worden sind, dass diese Werte und Überzeugungen, die sich für uns widerspiegeln, nicht nur leere Worthülsen sind, sondern in dieser Landesregierung mit Überzeugung, mit Einsatz, mit Kontinuität und mit Beharrlichkeit geführt werden. Deswegen ersuchen wir heute auch um Zustimmung zu dieser Designierung von Arno Kompatscher als Landeshauptmann und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, der vielleicht, wenn es die Zustimmung gibt, künftigen Opposition. Messt uns, kritisiert uns in unseren Taten, aber ich sage es bewusst auch zum Schluss, arbeitet mit uns dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt endlich ihre Antworten draußen erhalten. Danke schön!

VETTORI (Lega Alto Adige - Südtirol): Grazie presidente. Stimati colleghi e stimatissimo presidente designato, devo tirare le fila rispetto a interventi di questa mattinata e dopo aver fatto da sacco da box per tutta la mattinata, devo dire che molti interventi sembrano dettati da una certa invidia per il fatto che oggi cambia la storia di questa terra, perché dopo anni di governi con una matrice politica ben diversa da quella che oggi nasce, ci ritroviamo ad avere una politica di centrodestra che non è un qualcosa non voluto dagli elettori, perché si chiama democrazia. Si chiama democrazia perché quando il PD attacca dicendo che il nostro è un programma molto generico, vuol dire che gli elettori hanno reputato il programma della scorsa legislatura ancora più generico e forse ancora più inadatto a essere riconfermato, perché se parliamo dei grandi problemi della sanità, dei problemi delle grandi opere - il cons. Repetto ricordava la sua esperienza in Comune a Bolzano - noi non abbiamo mai governato, è la prima volta che siamo in quest'aula in maniera così massiccia, forse non è colpa nostra se Bolzano è diventata quello che è diventata e noi cercheremo di cambiarla, avendo ben presente il fatto che il capoluogo ha un'importanza strategica per tutta la provincia.

Sentire i Verdi che ci accusano di ogni nefandezza perché l'SVP ha deciso di continuare le trattative insieme ai quattro eletti della Lega, ci fa un attimo sorridere per il semplice fatto che quando si parla dei grandi temi che sarebbero stati svenduti rispetto al futuro della nostra terra e della convivenza dei nostri gruppi linguistici - facciamo un piccolo esempio sulla scuola - ci ricordiamo come i Verdi abbiano detto "cogliamo le braghe, pur di non avere la Lega al governo, possiamo anche abdicare ai nostri grandi temi, che però adesso, visto che torniamo a fare opposizione, possiamo riportarli avanti".

Noi siamo pragmatici, siamo consci del fatto che la nostra è un'esperienza ben limitata, visto che non è da 25 anni che sediamo all'interno di quest'aula, però siamo ben consci del fatto che ciò che è stato ha portato sì dei meriti e dello sviluppo per la nostra terra, ma ha portato anche grandi problemi, noi li abbiamo visti e li porteremo avanti, perché noi siamo quelli che vanno a governare con le lobby, perché "Oddio, ci sono i contadini che vengono rappresentati in quest'aula!", perché non ci sarà una grande riflessione e un rispetto delle tematiche ambientali. Io mi ricordo che sono stati i Verdi in quest'aula a votare per l'inceneritore,

non certo la Lega, e mi sembra che l'assessora in Comune a Bolzano sia molto contraria all'inceneritore, però magari è la mia ignoranza di politico novellino che mi porta a dire cose forse non vere.

A chi parla di un matrimonio di comodo tra la Lega e l'SVP, io rispondo che noi – queste due forze che vogliono formare una maggioranza – siamo quelli del *mitregieren*, perché se si riesce finalmente ad avere una rappresentanza italiana deccente all'interno di questo consesso politico, forse è perché la nostra linea politica ha avuto un'attenzione sì per i vari gruppi linguistici, ma soprattutto che non sia focalizzata soltanto su un gruppo linguistico, portando 6 eletti che purtroppo non sono riusciti ad andare in maggioranza, perché questa è la democrazia, se bisogna avere una rappresentanza dei gruppi linguistici e che quella è fatta tra SVP e Lega, in questo caso, in questo quinquennio, bisogna farsene una ragione perché è vero che questa è una nuova era e il nostro è un programma che è stato scritto qualcuno ha detto in troppo tempo, se lo avessimo fatto in 5 giorni avrebbero detto che quelli della Lega non fanno null'altro che prendere il posto del PD e acconsentire a tutto perché bisogna assolutamente andare a governare per quattro sudicie poltrone, ecco questo non è stato fatto, il nostro è un programma che rispetto a quello della scorsa legislatura è andato anche nel profondo in maniera dettagliata delle tematiche che vogliamo portare avanti.

Sappiamo benissimo che le nostre idee a volte sono un poco distanti da quelle dell'SVP, ma sull'Europa nessuno – e questa è anche una questione governativa giù a Roma – nessuno mette in discussione l'unità dell'Europa, noi si mette in discussione il futuro dell'Europa, perché è vero, noi siamo garanti di un'Europa dei popoli, delle comunità e delle identità, perché non vogliamo avere un'unica comunità livellata su un unico livello che non riesce a essere attento alle peculiarità territoriali, visto che l'Alto Adige/Südtirol è quello che può essere definito lo scrigno di un'Europa che riesce a vedere la convivenza tra i gruppi linguistici, ecco noi questo lo vogliamo portare avanti con forza, cercando finalmente di andare oltre gli steccati etnici, sapendo che sì, ci sono anche gli altoatesini, io sono altoatesino convinto, sono convinto che la convivenza dei gruppi linguistici sia assolutamente fondamentale per il futuro della nostra terra, ma sono anche convinto che la nostra terra deve basarsi su un concetto molto importante, ovvero quello della legalità, perché qua sembra che si vada a fare un governo con dei nazisti e questo non è assolutamente vero, perché noi diciamo assolutamente che bisogna sì portare avanti anche l'integrazione, ma l'integrazione si basa sul rispetto delle reciproche culture. Quando noi dobbiamo abdicare ai nostri valori, allora non c'è futuro per la nostra terra, non c'è futuro neanche per chi vuole incominciare ad abitare nella nostra terra, perché l'integrazione si fa da ambedue le parti, non soltanto a senso unico.

Quindi adesso si vota il presidente, per 5 anni vediamo di collaborare, perché l'opposizione non deve essere come è stata in Comune a Bolzano sempre dimenticata a fare un poco di teatro, qui si lavora tutti quanti per la nostra terra, si lavora in maniera importante ed è giusto che tutti quanti ci prendiamo le nostre responsabilità nonostante questa volta ci sia una maggioranza ben diversa da quella degli ultimi 25 anni. Grazie.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag, geschätzter designierter Landeshauptmann Kompatscher! Wir stimmen heute über eine Regierungserklärung und über die Landeshauptmannposition ab, und zwar in dieser Koalition der Lega und der SVP, die eine Minimalkoalition darstellt, also die knappste Mehrheit, die möglich ist, und nicht eine übergroße Koalition, bei der mehr Parteien sind, als notwendig wären. Was wäre denn der Vorteil einer übergroßen Koalition bzw. einer Koalition, wo mehr Parteien drinnen sind als notwendig? Einmal wäre das, dass der Fraktionszwang wegfiel von dem, was wir in den letzten Jahrzehnten gewohnt sind, dass jeder seine Meinung frei äußern und auch bei Abstimmungen seinen Willen kundtun kann. Was sind hingegen die Argumente für diese Minimalkoalition, für diese knappe Mehrheit? Die müssen uns die beiden Koalitionspartner SVP und Lega erklären. Die Argumente dagegen hingegen versuche ich gerne aufzuzeigen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Sorge, dass die Verwaltungsabläufe, die ohnehin schon langsam sind - wir wissen, dass Entscheidungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung auf Gemeindeebene und auf Landesebene ihren Weg und ihre Zeit brauchen und man ständig oder öfters auf das Ok aus Rom warten muss -, sich noch länger hinziehen. Weiters sind es die fehlenden Kompetenzen in gewissen Bereichen wie dem Gesundheitsbereich und vor allem auch dem Verkehrsbereich der A22, den ich als Vertreter der Südtiroler Bevölkerung, im Speziellen als Vertreter aus dem Wipptal, besonders spüre. Wir haben diesbezüglich leider nicht die Kompetenz, die Erhöhung der Lkw-Maut, wie wir es in den letzten Tagen aus den Medien entnommen haben, zu erreichen, damit das Fünffache eingehoben wird, also von 16 Cent auf 80

Cent pro Kilometer wie in Nordtirol anzuheben. Diesbezüglich haben wir nicht die Kompetenz und deshalb wundern wir uns, wie das in Zukunft mit dieser Koalition schneller oder leichter gehen kann und soll.

Wir haben häufig in Südtirol leider eine glänzende Fassade, hinter der es gewaltig bröckelt. Als ehemaliger Bürgermeister habe ich vielfach mit Bürgern zu tun gehabt, die die Worte "leistbares Wohnen" nicht mehr hören können, die 30- bzw. 40-jährige Darlehen aufnehmen müssen, während beide Ehepartner arbeiten und das Kind in eine Kita oder in eine Fremdbetreuung geben müssen. Es ist also nicht so, wie viele von uns meinen: Friede, Freude und eitel Sonnenschein.

Auch die Altersarmut soll nicht ausgegrenzt bzw. vergessen werden. Es gibt also viele Positionen, bei denen positiv und für die Bevölkerung von Südtirol gearbeitet werden soll und muss.

Von meiner Seite und auch von uns als Team Köllensperger wird natürlich die Zusammenarbeit gegeben sein. Wir wünschen eine gute Zusammenarbeit, ich von meiner Seite auch mit dieser Koalition, obwohl ich der Meinung bin, dass es eine vertane Chance ist, die man hatte. Danke schön!

PRÄSIDENT: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, haben Sie, Kollege Kompatscher, das Wort für die Replik, bitte.

KOMPATSCHER (SVP): Danke, Herr Präsident! Zunächst einmal beginne ich damit, Ihnen eine Information zu geben, die ich gemäß Geschäftsordnung auch mitzugeben habe. Die Zahl der Mitglieder der Landesregierung ist noch nicht definiert. Die zu bildende Landesregierung im Falle meiner Wahl würde aus acht Landesrätinnen bzw. Landesräten und dem Landeshauptmann bestehen, also aus insgesamt neun Personen.

Ich werde jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, ich glaube, das würde zu weit führen. Wir haben dann - sofern ich jetzt gewählt werde - recht bald, wenn wir uns über das Regierungsprogramm und die Zusammensetzung der Landesregierung unterhalten, ausgiebig Gelegenheit, uns in der Debatte auszutauschen. Ich bedanke mich bei Ihnen für alle Redebeiträge, sowohl für die kritischen als auch für die konstruktiven. Ich darf aber schon einige Punkte anmerken. Vielfach ist in diesen Redebeiträgen heute das gemacht worden, was die Italiener einen "processo alle intenzioni" nennen. Es wird verurteilt, was noch gar nicht stattgefunden hat. Das haben wir in den letzten Wochen vielfach erlebt, bis dahin, dass ich oft in Interviews darauf angesprochen wurde, dass dieses und jenes in der Regierungsvereinbarung stünde. Wo steht das? "Es steht nicht drinnen, aber es könnte drinnen stehen." Das ist schon ein eigenartiger Zugang. Und auch heute haben wir einige Dinge gehört, die so ein bisschen von diesem Vorverurteilungsstandpunkt ausgehen und sagen: "Ja, das ist mein ideologischer Zugang zu dieser Regierungsbildung mit diesen beiden Parteien." Man sagt sozusagen von vorne herein, dass das so ist, auch wenn kein Anhaltspunkt dafür besteht, wo man das festmachen kann. Ich verweise dann auf Rom, klar, das ist so. Ich verweise auf irgendwelche Dinge, die von anderen gesagt worden sind. Ganz klar noch einmal: Messen Sie diese zu bildende Regierung nicht nur an den Worten - natürlich zunächst einmal auch an den Worten -, die da stehen und gesprochen worden sind, und nicht an jenen, die von Ihnen vermutet werden - das gilt auch für die Berichterstattung darüber -, sondern selbstverständlich auch an den Taten. Ich erwarte mir keinen Vertrauensvorschuss oder Vorschusslorbeeren, aber diesen fairen Umgang, den - glaube ich - kann man einfordern.

Zum Zweiten, Kollegin Foppa, hier muss ich Sie schon persönlich ansprechen. Sie haben gesagt: "Und jetzt nicht auf das Technische ausweichen". Ich glaube, es hat in diesem Land Südtirol wohl kaum eine solch politische Regierungserklärung gegeben wie die Regierungsvereinbarung, die ja schon medial diskutiert worden ist. Heute ist es fast ausschließlich nur noch um Werte gegangen ist, in dieser Ebene: Wofür stehen wir, was sind unsere Werte, wofür würden wir kämpfen? Solidarität, Ausgleich, Gerechtigkeit, friedliches Zusammenleben, Autonomie und Europa. Dann sagen: "Und jetzt bitte nicht auf die Technik ausweichen", greift doch auch daneben. Das ist genau die Debatte. Ich gebe Ihnen in einem Punkt Recht: Es ist notwendig. Wir führen diese Debatte gerade jetzt und insofern tut uns diese Herausforderung gut.

Ganz kurz noch zu einigen Aussagen! Ja wir führen heute diese Debatte in dieser Form. Noch einmal auch für das anwesende Publikum die Berichterstattung: Es ist unserer Geschäftsordnung geschuldet. Ich selbst bin auch der Meinung, dass die Wahl des Landeshauptmannes bzw. die Wahl der Landesregierung anders sein könnte, aber so sieht es die momentane Geschäftsordnung vor.

Es war dann die Rede davon, dass diese Regierungszusammenarbeit von vorne herein klar war. "Scontato dal primo giorno", haben Sie, Kollege Urzi, gesagt. Das stimmt nicht! Wir haben lange verhandelt, aber es war nicht von vorne herein klar, dass wir diese Inhalte so definieren, wie wir sie definieren konnten.

Ich stehe zu diesem Text bzw. zu dieser Regierungsvereinbarung. Sie werden das Regierungsprogramm dann entsprechend prüfen können, wo es genau um diese Themen geht, sprich den Spracherwerb, Gesundheitsdienste, gerechte, faire Löhne, leistbares Wohnen. Ja, Kollege Faistnauer, wir müssen darüber sprechen! Und natürlich geht es auch um den sozialen Ausgleich, den Schutz der Biodiversität, einer nachhaltigen Politik für jetzt und die kommende Generation. Ja, wir werden öfters auch in Rom sein. Übrigens muss ich heute nach Rom, aber nicht um in Rom Südtiroler Landespolitik zu verhandeln, sondern diese Themen zu verhandeln - wie es immer schon der Fall war -, die eben nur zum Teil in unserer Zuständigkeit bzw. außerhalb unserer Zuständigkeit liegen. Heute übrigens, Kollege Faistnauer, geht es in Rom genau um die Autobahnmaut. Es wird die interministerielle Konferenz stattfinden, zu der ich als Vertreter aller Regionen – ich vertrete nämlich alle, da ich das Mandat dafür erhalten habe – eingeladen bin, um genau darüber zu diskutieren. Und auch die letzten Treffen in Rom haben dazu gedient, Südtirols Autonomie weiter zu entwickeln, und zu nichts anderem. Wir haben die Regierungsvereinbarung hier verhandelt. Auch das Treffen mit Herrn Senator Calderoli hat dazu gedient, festzulegen, dass Südtirols Autonomie auch im Punkt einer allfälligen Abänderung der Verfassung bezüglich der Zahl der Mitglieder des Parlaments berücksichtigt bzw. gewahrt bleibt. Da ging es um die Form und um die Substanz, aber in diesem Fall war vor allem die Form Substanz. Das ist gelungen und glauben Sie mir, Kollege Nicolini, dieser Abänderungsantrag wäre nicht so formuliert worden, wenn wir nicht gleichzeitig darauf gepocht hätten, dass eben die Prinzipien der Autonomie, die Berücksichtigung der Paketmaßnahme 111 auch entsprechend gewahrt bleiben.

Kollegin Atz Tammerle und auch Kollege Urzì, ich spreche Sie beide gemeinsam an! Sie haben ein Moratorium gefordert, Kollege Urzì. Man sollte nicht mehr über die ethnopolitischen Themen diskutieren. Das kann nicht die Antwort sein, denn es gibt die ethnopolitischen Themen und diese werden diskutiert, ob man sich das nun wünscht oder nicht. Sonst werden sie von jemand anderem vorgebracht. Ich glaube, es ist besser, wir gestalten auch hier. Aber wir müssen vermeiden, mit diesen Themen zu provozieren. Deshalb spreche ich Sie hier bewusst beide an. Das ist nämlich das Spiel, das wir in den letzten Jahren erleben durften. Es wird nicht gelingen, bei diesen Themen voranzukommen, wenn wir glauben, mit Mehrheitsbeschlüssen in irgendeine Richtung, weder in die eine noch in die andere, etwas zu diktieren. Das gilt natürlich auch bei der Forderung, welche Begrifflichkeiten verwendet werden. Es ist so, dass wir das gemeinsam gestalten müssen. Auch wir sind der Meinung, dass es hier endlich eine Regelung braucht. Das ist auch die Überzeugung, die wir in der Regierung haben, aber die können wir nur gemeinsam erarbeiten. Deshalb wird es kein solches Moratorium geben. Es sollte aber auch keine Provokationen geben, sondern ein gemeinsames Erarbeiten von Lösungen.

Die Zusammenarbeit ist angesprochen worden. Kollegin Leiter Reber, wir haben einige Dinge gemacht und der Konvent ist sehr wohl in der Regierungsvereinbarung berücksichtigt. Der Ausbau der Autonomie ist ein klares Ziel dieser Regierungsvereinbarung. Die Weiterentwicklung gerade auch in jenen Bereichen im Konvent ist angesprochen worden. Ich spreche zum Beispiel die Übernahme der Finanzagenturen an. Das ist genau ein Bereich, in dem wir zu mehr Steuerautonomie, auch zur Verbesserung der Situation, kommen können.

Ich will es eigentlich bei meiner Replik auch schon damit belassen. Ich möchte wiederholen, dass wir erklärt haben, Kollege Köllensperger, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land arbeiten wollen. Es ist ein Anspruch, den die allermeisten bzw. die meisten hier haben und dies zu Recht. Ich glaube, das ist auch der Anspruch, mit dem man sich in das politische Leben begibt, zu sagen: "Ich möchte für die Menschen arbeiten." Was mir nicht gefällt, ist, dass letzthin manchmal neue Bewegungen diesen alleinigen Anspruch geltend machen wollen. Sie seien es, die für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, die Altparteien, die Etablierten, die da oben. Hier seien jene, die für andere, für vermeintliche Lobbies, für - ich weiß nicht - die dunkle Macht arbeiten. Doch so ist es nicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das ist unser Auftrag, den wir spüren, und das ist, was die Südtiroler in Jahrzehnten erfolgreich gemacht haben, gerade – und hier spreche ich für die Südtiroler Volkspartei – die Südtiroler Volkspartei gemacht hat. Ich persönlich nehme diesen Auftrag sehr ernst, für die Menschen zu arbeiten, und ich erkenne es auch jedem zu, dass genau dieser Anspruch besteht. Aber ich bitte nicht zu glauben, dass man den alleine hätte. Ich danke noch einmal für die Bereitschaft, die viele von Ihnen erklärt haben, zusammenzuarbeiten. Ich nehme dieses Angebot ernst, wenn auch jetzt vielleicht bei der Abstimmung viele von Ihnen aus den genannten Gründen sagen werden: "Ich kann jetzt nicht zustimmen, weil ich in der Opposition bin." Das entspricht dem Spiel von Mehrheit und Opposition. Ich will das Angebot gerne annehmen. Ich will auch die Hand reichen. Arbeiten wir zusammen! Das erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land von uns. Ich danke schon vorab dafür, dass

Sie Ihren Beitrag mit großem Einsatz leisten werden, damit wir dieses Land gemeinsam weiterbringen. Ich danke für die Unterstützung, die ich bisher erfahren habe, bei all jenen, die mich unterstützt haben. Ein besonderer Dank – erlauben Sie mir das zum Schluss – gilt der Dame, die da oben sitzt, danke "Schotz", meiner Frau Nadia! Danke schön!

(Applaus – applausi)

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zum Wahlgang und ich möchte, wie schon davor angekündigt, zuerst einen Probedurchgang starten, denn einige stimmen das erste Mal ab. Erfahrungsgemäß hat es immer noch leichte Probleme bei der ersten Abstimmung gegeben. Ich ersuche die Techniker, den ersten Probewahlgang zu starten! Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen mitzuteilen, falls das Knopfdrücken keine Wirkung gezeigt hat. Ich sehe keine Rückmeldungen, somit nehme ich an, dass das System bei allen Damen und Herren in der Aula funktioniert. Somit ist dieser Probegang beendet.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Wahl des Abgeordneten Kompatscher zum Landeshauptmann. Laut Landesgesetz Nr. 14 vom 19. September 2017 wird namentlich über die Wahl des Landeshauptmannes abgestimmt. Ich erinnere daran, dass für die Gültigkeit der Wahl die absolute Stimmenmehrheit der Abgeordneten, und zwar 18, nötig ist.

Ich eröffne die Abstimmung: 35 abgegebene Stimmen, 19 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen. Ich gratuliere dem Kollegen Kompatscher zur Wahl des Landeshauptmannes. Ich bitte Sie nun Ihren Platz einzunehmen. Traditionsgemäß überreiche ich Ihnen hiermit einen Blumenstrauß.

(Applaus – applausi)

Ich ersuche nun die Karte des Landeshauptmannes nachzureichen und sie ordentlich einzuschieben, damit der neu gewählte Landeshauptmann seine Worte an uns richten kann. Bitte, Sie haben das Wort.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke schön für das ausgedrückte Vertrauen! Noch einmal: Die Stimmen der Opposition werte ich nicht unbedingt als Vorabverweigerung jeglicher Zusammenarbeit. Ich hoffe - und ich darf das so interpretieren -, dass wir trotzdem zusammenarbeiten. Es wird jetzt so sein, dass ich heute im Laufe des Tages das Regierungsprogramm mit den Namen der designierten Mitglieder der Landesregierung, mit der jeweiligen Zuständigkeit, auch mit der Angabe der Landeshauptmannstellvertreterschaften hinterlege. Unsere Geschäftsordnung sieht es immer noch so vor, dass all das anzugeben ist. Das werde ich heute im Laufe des Tages machen und ersuche den Landtagspräsidenten, dann die Einladung für die Sitzung vorzunehmen. Danke noch einmal für die rege Debatte. Ich bin mir der Verantwortung bewusst, die dieses Amt mit sich bringt. Ich bin überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen kann, zum Wohle dieses Landes gut zu arbeiten. Vielen Dank!

(Applaus – applausi)

PRÄSIDENT: Ich möchte noch zwei Mitteilungen an die Kolleginnen und Kollegen der Aula machen. Wenn morgen diese Regierungserklärung mit den Namen hinterlegt ist, dann braucht es fünf bis fünfzehn Arbeitstage, um die nächste Sitzung einzuberufen. Falls das erfolgt, wäre geplant, am 25. Jänner um 10.00 Uhr dann die konstituierende Sitzung der Landesregierung abzuhalten. Falls das aus irgendwelchen Gründen morgen nicht der Fall sein sollte, brauchen wir fünf Arbeitstage. Dann würde sich die Sitzung verschieben und ich würde es Ihnen mitteilen. Wenn Sie keine Nachricht bekommen, wird es beim 25. Jänner um 10.00 Uhr bleiben.

Weiters zur Erinnerung: Am 5. Februar findet die erste Fraktionssprechersitzung statt, in der wir die Kommissionen neu besetzen werden, um dann die erste Sitzung im Februar abhalten zu können.

Letzter Hinweis: Bitte nehmen Sie die Chip-Karte jetzt mit. Sie sind es noch nicht gewohnt, da wir die Chip-Karte normalerweise immer steckengelassen haben. Sie wurde uns dann von den Amtsdienern nachgebracht. Bitte nehmen Sie diese jetzt mit. Es handelt sich um eine persönliche Chip-Karte für Trient und hier, also für Regionalrat und Landtag, und ist auch als Ausweis in anderen Parlamenten gültig. Somit bitte ich Sie, diese mitzunehmen und das nächste Mal wieder mitzubringen.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt. Auch der Sitzungskalender des Landtages für das Jahr 2019 gilt als genehmigt, da keine schriftlichen Einwände vorgelegt wurden.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 12.31 Uhr



**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (20)
ATZ TAMMERLE (16)
DELLO SBARBA (12)
FAISTNAUER (23)
FOPPA (8)
KNOLL (6)
KÖLLENSPERGER (19)
KOMPATSCHER (4, 24, 26)
LEITER-REBER (17)
MAIR (15)
NICOLINI (18)
PLONER FRANZ (14)
PRÄSIDENT (3, 26)
REPETTO (11)
URŽI (10)
VETTORI (22)